

Niederschrift

Gremium	Sitzung - SR/033(IV)/06			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Stadtrat	Donnerstag, 04.05.2006	Otto-von-Guericke- Saal	14:00Uhr	21:00Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie der Beschlussfähigkeit und Durchführung feststellender Beschlüsse
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Bestätigung des Beschlussprotokolls der 32.(IV) Sitzung vom 06.04.2006
- 4 Bekanntgabe der von den beschließenden Ausschüssen und sonst in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
- 5 Beschlussfassung durch den Stadtrat
- 5.1 Wahl des/der Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr DS0141/06
der Landeshauptstadt Magdeburg
BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung

- | | | |
|-------|--|-------------|
| 5.2 | Neuwahl einer Schiedsperson zur Vorsitzenden für die Schiedsstelle
01

BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung | DS0079/06 |
| 5.3 | Öffentliche Toilette am Schellheimer Platz

BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung | DS0612/05 |
| 5.3.1 | Öffentliche Toilette am Schellheimer Platz

Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr | DS0612/05/1 |
| 5.3.2 | Öffentliche Toilette am Schellheimer Platz

Interfaktionell | DS0612/05/2 |
| 5.4 | Jahresabschluss 2004 der Innovations- und Gründerzentrum
Magdeburg GmbH (IGZ GmbH)

BE: Bürgermeister | DS0051/06 |
| 5.5 | Neubesetzung im Aufsichtsrat der Betreibergesellschaft Forschungs-
und Entwicklungszentrum Magdeburg mbH (FEZM)

BE: Bürgermeister | DS0076/06 |
| 5.6 | Haushaltskonsolidierung 2006 bis 2009 - Maßnahme 76 "Betreibung
Sportstätten"

BE: Beigeordneter für Kultur, Schule und Sport | DS0074/06 |
| 5.6.1 | Haushaltskonsolidierung 2006 bis 2009 - Maßnahme 76 "Betreibung
Sportstätten"

CDU - Fraktion | DS0074/06/1 |
| 5.6.2 | Haushaltskonsolidierung 2006 bis 2009 - Maßnahme 76 "Betreibung
Sportstätten"

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen | DS0074/06/2 |
| 5.6.3 | Haushaltskonsolidierung 2006 bis 2009 - Maßnahme 76 "Betreibung
Sportstätten"

SPD - Fraktion | DS0074/06/3 |
| 5.7 | Haushaltskonsolidierung 2007 - 2009
- Maßnahme 80 - Planungsleistungen (Handlungsfeld 7)

BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr | DS0142/06 |

5.8	Untersetzung der Konsolidierungsvorgaben aus dem Beitrittsbeschluss zur Haushaltssatzung 2006 BE: Bürgermeister	DS0148/06
5.8.1	Untersetzung der Konsolidierungsvorgaben aus dem Beitrittsbeschluss zur Haushaltssatzung 2006 CDU - Fraktion	DS0148/06/1
5.9	Übertragung des Technikmuseums Magdeburg an den Verein "Kuratorium für Industriekultur in der Region Magdeburg e. V." BE: Beigeordneter für Kultur, Schule und Sport	DS0581/05
5.9.1	Übertragung des Technikmuseums Magdeburg an den Verein "Kuratorium für Industriekultur in der Region Magdeburg e. V." CDU - Fraktion	DS0581/05/1
5.10	Rahmenkonzept zur Integrationspolitik der Landeshauptstadt Magdeburg BE: Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit	DS0013/06
5.10.1	Rahmenkonzept zur Integrationspolitik der Landeshauptstadt Magdeburg FDP - Fraktion	DS0013/06/1
5.10.2	Rahmenkonzept zur Integrationspolitik der Landeshauptstadt Magdeburg Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	DS0013/06/2
5.10.3	Rahmenkonzept zur Integrationspolitik der Landeshauptstadt Magdeburg Jugendhilfeausschuss	DS0013/06/3
5.11	1. vereinfachte Änderung Bebauungsplan Nr. 239-3 "Regierungsstraße" BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0641/05
5.12	Einleitung der 8. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) der Landeshauptstadt Magdeburg - Herrenkrug BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0647/05

5.13	Einleitung des Satzungsverfahrens zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 126-2.1 "Betriebshof Abfallwirtschaftsbetrieb Marschweg 33 / Rothenseer Straße 77"	DS0002/06
	BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	
5.13.1	Einleitung des Satzungsverfahrens zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 126-2.1 "Betriebshof Abfallwirtschaftsbetrieb Marschweg 33 / Rothenseer Straße 77"	DS0002/06/1
	Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr	
5.14	Straßenname	DS0035/06
	BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	
5.15	Vereinfachte Änderung des Entwurfes zum Bebauungsplan Nr. 407-3 "Wissenschaftszentrum Brenneckestraße"	DS0036/06
	BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	
5.16	Satzung Bebauungsplan Nr. 407-3 "Wissenschaftszentrum Brenneckestraße"	DS0038/06
	BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	
5.17	Öffentliche Auslegung des Entwurfs zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 134-3.1 "Lübecker Straße 8"	DS0058/06
	BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	
5.17.1	Öffentliche Auslegung des Entwurfs zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 134-3.1 "Lübecker Straße 8"	DS0058/06/1
	Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr	
5.18	Verkehrskonzept Hopfengarten	DS0072/06
	BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	
5.18.1	Verkehrskonzept Hopfengarten	DS0072/06/1
	Ausschuss für Regionalentwicklung, Wirtschaftsförderung und kommunale Beschäftigungspolitik	
5.19	Ausbau Eisenbahnknoten Magdeburg	DS0110/06
	BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	
5.19.1	Ausbau Eisenbahnknoten Magdeburg	DS0110/06/1
	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	

- 6 Einwohnerfragestunde
Der Stadtrat führt gemäß § 27 Gemeindeordnung LSA zwischen 17.00 Uhr und 17.30 Uhr eine Einwohnerfragestunde durch.
- 7 Anfragen an die Verwaltung
- 8 Beschlussfassung durch den Stadtrat - Anträge
- 8.1 Haushaltsplan 2006 DS0464/05/8
- Haushaltssatzung 2006
- Finanzplan bis 2009
- Stellenplan 2006
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
WV v. 15.12.05
- 8.1.1 Haushaltsplan 2006 S0007/06
- Haushaltssatzung 2006
- Finanzplan bis 2009
- Stellenplan 2006
- 8.2 Die Arbeit der ARGE effektivieren A0177/05
Fraktion Die Linkspartei.PDS
WV v. 29.09.05
- 8.2.1 Die Arbeit der ARGE effektivieren A0177/05/1
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 8.2.2 Die Arbeit der ARGE effektivieren A0177/05/2
Gesundheits- und Sozialausschuss
- 8.2.3 Die Arbeit der ARGE effektivieren A0177/05/3
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 8.2.4 Die Arbeit der ARGE effektivieren A0177/05/4
CDU - Fraktion
- 8.2.5 Die Arbeit der ARGE effektivieren S0016/06

8.3	Finanzielle Unterstützung des Kampfes um den Erhalt des Schiffshebewerks Rothensee FDP-Fraktion WV v. 09.03.06	A0042/06
8.3.1	Finanzielle Unterstützung des Kampfes um den Erhalt des Schiffshebewerks Rothensee CDU - Fraktion	A0042/06/1
8.3.2	Finanzielle Unterstützung des Kampfes um den Erhalt des Schiffshebewerks Rothensee	S0054/06
8.4	Kostenübersicht Schiffshebewerk Rothensee FDP - Fraktion	A0075/06
8.5	Schülerbeförderungskosten für Schülerinnen und Schüler in besonderen sozialen Lagen Fraktion Die Linkspartei.PDS	A0073/06
8.6	Schülerbeförderung für Gymnasiasten Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	A0079/06
8.7	Wiederherrichtung der Gedenkplatte für Julius Fucik Fraktion Die Linkspartei.PDS	A0074/06
8.8	Würdigung von Arbeitsleistungen FDP - Fraktion	A0077/06
8.9	Vorlage von Ausschreibungstexten im Verwaltungsausschuss CDU - Fraktion	A0078/06
8.10	Bilanz nach Übertragung der Kitas an freie Träger Interfraktionell	A0080/06
8.11	Parkverbot für das unmittelbare Umfeld der Johanniskirche CDU - Fraktion	A0082/06
8.12	Überprüfung des Taxistellplatzkonzeptes SR Oliver Müller Fraktion Die Linkspartei.PDS	A0084/06

8.13	Internationale Bahnhofsansagen Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	A0072/06
8.14	Modellstadt Erneuerbare Energien Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	A0083/06
8.14.1	Modellstadt Erneuerbare Energien FDP - Fraktion	A0083/06/1
8.15	Gedenk-/Opferliste für das Feld der Nationen CDU - Fraktion	A0081/06
8.16	Umbau Tierheim Rothenseer Str. Interfraktionell	A0071/06
9	Informationsvorlagen	
9.1	Überprüfung zur Errichtung eines Kreisverkehrs Schönebecker Straße/Porsestraße	I0064/06
9.2	Information zum Antrag 0209/05	I0069/06
9.3	Jahresbericht des Behindertenbeauftragten für das Jahr 2005	I0073/06
9.4	Arbeitsgruppen und Initiativfonds Gemeinwesenarbeit in der Landeshauptstadt Magdeburg - 2005	I0089/06
9.5	Überprüfung der Maßnahmen 32 und 33 des Haushaltskonsolidierungskonzeptes	I0101/06
9.6	Ablaufplan zur Erarbeitung des Haushaltsplanes 2007	I0105/06
9.7	Gesamtkonzept Zoologischer Garten Magdeburg	I0110/06
9.8	1. Familientag im Rathaus	I0117/06

- Nichtöffentliche Sitzung
- 10 Beschlussfassung durch den Stadtrat
- 10.1 Bestellung einer Buchgrundschuld DS0056/06
 BE: Beigeordneter für Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit
- 10.2 Ersatzneubau der Straßenbrücke über die Anlagen der DB AG im DS0061/06
 Zuge der Sohlener Straße
 BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr
- 10.3 Umverteilung bewilligter Fördermittel aus der "Sanierung der St.- DS0104/06
 Josef-Straße 32/37"
 BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr
- 10.3.1 Umverteilung bewilligter Fördermittel aus der "Sanierung der St.- DS0104/06/1
 Josef-Straße 32/37"
 Finanz- und Grundstücksausschuss
- 10.3.2 Umverteilung bewilligter Fördermittel aus der "Sanierung der St.- DS0104/06/2
 Josef-Straße 32/37"
 Interfraktionell
- 10.3.3 Umverteilung bewilligter Fördermittel aus der "Sanierung der St.- DS0104/06/3
 Josef-Straße 32/37"
 SPD - Fraktion
- 11 Informationsvorlagen
- 11.1 Internet-Telefonie I0114/06
- 11.2 Ergebnisse des Prüfauftrages des Stadtrates an den I0077/06
 Oberbürgermeister zu rechtlichen und wirtschaftli

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie der Beschlussfähigkeit und Durchführung feststellender Beschlüsse

Der Vorsitzende des Stadtrates Herr Ansorge eröffnet die 33.(IV)Sitzung und begrüßt die anwesenden Stadträtinnen und Stadträte, Gäste und Mitarbeiter der Verwaltung. Er stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Soll	56 Stadträtinnen/Stadträte
Oberbürgermeister	1
zu Beginn anwesend	44
maximal anwesend	54
entschuldigt	3

2. Bestätigung der Tagesordnung

Hinweise zur TO

TOP 5 – Anfragen an die Verwaltung – wird nach TOP 7 – Einwohnerfragestunde – behandelt.

TOP 6.8 DS0074/06 – Haushaltskonsolidierung 2006 – 2009
– Maßnahme 76 „Betreibung Sportstätten“ –

und

TOP 6.19 DS0142/06 – Haushaltskonsolidierung 2006 – 2009
– Maßnahme 80 – Planungsleistungen
(Handlungsfeld 7)

werden vor

TOP 6.6 DS0148/06 – Untersetzung der
Konsolidierungsvorgaben aus dem Beitrittsbeschluss
zur Haushaltssatzung 2006

behandelt.

Die Nummerierung der Tagesordnungspunkte ändert sich entsprechend.

Der TOP 9.1 – I0064/06 – Überprüfung zur Errichtung eines Kreisverkehrs Schönebecker Straße/Porsestraße – wird von der heutigen Tagesordnung **zurückgezogen**.

Die veränderte Tagesordnung wird einstimmig **bestätigt**.

3. Bestätigung des Beschlussprotokolls der 32.(IV) Sitzung vom 06.04.2006
-

Redaktionelle Änderungen der CDU-Fraktion:

TOP 6.2, Seite 37, 4. Absatz von oben
Der Absatz ist wie folgt zu ergänzen:

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion Stadtrat Stern spricht sich für eine Beschlussfassung zur Drucksache aus. **Dabei weist er darauf hin, dass die Benennung der Korvette maßgeblich auf einen CDU-Antrag aus dem Jahre 1995 zurückgeht. Damals beschloss der Stadtrat (Beschluss-Nr. 402-22(II)95) eine Partnerschaft mit einer Marineeinheit einzugehen.**

TOP 6.9, Seite 44, 6. Absatz von oben
Der Absatz ist wie folgt zu ändern:

Stadtrat Schwenke, CDU-Fraktion, informiert über die Beratung der Maßnahme im ~~Umlegungs-~~
~~Ausschuss~~ **in der AG Straßennamen** und hält die Umbenennung für vertretbar.

Hinweis zum TOP 8.15, Seite 63, Beschlusstext

Gemäß Antragsteller (eMail vom 03. 04. 2006) sind die Jahreszahlen im Beschlusstext wie folgt zu ändern:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, zum Zeichen der seit ~~2002~~ **2003** bestehenden Städtepartnerschaft mit Nashville ein Mosaik mit dem Stadtwappen von Nashville (USA) im Bürgersteig auf der nördlichen Seite des Alten Rathauses (ehem. OB-Eingang) zu gestalten. Dieses soll möglichst zum 5-jährigen Bestehen der Städtepartnerschaft im Jahr ~~2007~~ **2008** fertiggestellt werden.

Bei der Finanzierung sind auch die Möglichkeiten des Sponsorings durch Dritte zu prüfen und um Unterstützung seitens des Deutsch-Amerikanischen Dialogzentrum Magdeburg e.V. und weiterer an dieser Partnerschaft interessierten Personen aus Politik und Wirtschaft zu werben.

Das redaktionell geänderte Beschlussprotokoll der 32.(IV) Sitzung des Stadtrates vom 06. 04. 2006 wird bei einer Enthaltung so bestätigt.

4. Bekanntgabe der von den beschließenden Ausschüssen und sonst in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Hierzu liegt eine schriftliche Tischinformation vor.

5. Beschlussfassung durch den Stadtrat

-
- 5.1. Wahl des/der Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr der Landeshauptstadt Magdeburg DS0141/06
 BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung
-

Die Wahl erfolgt gemäß § 66 Abs. 1 i.V.m. § 54 Abs. 3 GO LSA. Es sind 54 stimmberechtigte Mitglieder des Stadtrates anwesend.

Als Kandidaten stehen zur Wahl:

Herr Jörn Marx
 Frau Gabriele Dönig-Poppensieker
 Herr Dr. Dieter Scheidemann

Von 54 abgegebenen Stimmen entfielen im 1. Wahlgang auf,

Herr Jörn Marx	30 Stimmen
Frau Gabriele Dönig-Poppensieker	-
Herr Dr. Dieter Scheidemann	24 Stimmen
ungültige Stimmen	-

Der Stadtrat beschließt:

Beschluss-Nr. 979-33(IV)06

Gemäß Beschlussvorschlag wählt der Stadtrat in geheimer Wahl Herrn Jörn Marx als Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr der Landeshauptstadt Magdeburg gemäß § 66 Abs. 1 i.V.m. § 54 Abs. 3 GO LSA aus dem Kreis der vorgeschlagenen drei Bewerber.

Der Beigeordnete wird ab 01. 09. 2006 für die Dauer von 7 Jahren gewählt und zum hauptamtlichen Beamten auf Zeit bestellt.

5.2. Neuwahl einer Schiedsperson zur Vorsitzenden für die Schiedsstelle 01 DS0079/06

BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung

Der Ausschuss KRB empfiehlt die Beschlussfassung.

Dem Vorschlag des Vorsitzenden des Stadtrates Herrn Ansorge, gemäß § 54 Abs. 3 Satz 2 GO LSA offen zu wählen, wird vom Stadtrat einstimmig gefolgt.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Beschluss-Nr. 980-33(IV)06

Der Stadtrat wählt die Schiedsfrau, Frau Hörster, zur Vorsitzenden für die Schiedsstelle 01 (Stadtgebiete: Barleber See, Rothensee, Neustädter See, Industriehafen, Kannenstieg, Neustädter Feld, Alte Neustadt, Neue Neustadt)

5.3. Öffentliche Toilette am Schellheimer Platz DS0612/05

BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung

Zur Beratung liegen vor:

Änderungsantrag DS0612/05/1 des Ausschusses StBV

Änderungsantrag DS0612/05/2 Interfraktionell

Der Betriebsausschuss SAB lehnt eine Beschlussfassung ab.

Der Ausschuss StBV empfiehlt die Beschlussfassung unter Beachtung des Änderungsantrages DS0013/06/1.

Der Ausschuss FG und der Betriebsausschuss SFM empfehlen die Beschlussfassung.

Stadtrat Canehl, SPD-Fraktion, bringt umfassend den interfraktionellen Änderungsantrag DS0612/05/2 ein.

Stadtrat Giefers, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, nimmt umfassend zum interfraktionellen Änderungsantrag DS0612/05/2 Stellung und begründet seine Auffassung, diesen Änderungsantrag nicht mitzuzeichnen. Speziell zu Punkt 1 des Änderungsantrages führt er aus, dass dieser unter Vorbehalt beschlossen werden kann jedoch mit der Festlegung des geltenden Zeitraums. Er spricht sich für eine Beschlussfassung zum Änderungsantrag aus und bringt den Änderungsantrag DS0612/05/3 bzgl. Punkt 1 des Änderungsantrages DS0612/05/2 ein.

Stadtrat Dr. Hildebrand, Fraktion Die Linkspartei.PDS, spricht sich mit dem Hinweis auf die Erforderlichkeit der Integration behinderter Menschen für die Beschlussfassung zum Änderungsantrag DS0612/05/2 aus.

Stadträtin Paquè, FDP-Fraktion, hält die Kosten für die Betreibung der geplanten Toilettenanlage für zu hoch und spricht sich für die Durchführung einer Testphase aus. Dem Bau einer Toilettenanlage kann zugestimmt werden, wenn dieser kostengünstig erfolgt.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Westphal argumentiert umfassend gegen den Änderungsantrag DS0612/05/2, speziell zu Punkt 1 des Änderungsantrages. Er spricht sich für die Beschlussfassung zum Änderungsantrag DS0612/05/1 des Ausschusses StBV aus.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion Stadtrat Stern spricht sich ebenfalls für die Beschlussfassung zum Änderungsantrag DS0612/05/1 aus. Bezugnehmend auf den modifizierten interfraktionellen Änderungsantrag DS0612/05/2 bittet er darum, vor Abschluss entsprechender Verträge diese Thematik im Ausschuss FG beraten zu lassen.

Stadträtin Karin Meinecke, Fraktion Die Linkspartei.PDS, verweist kritisch darauf, dass mit Beschlussfassung zur vorgelegten Drucksache gleichfalls beschlossen wird, die Bereitstellung der finanziellen Mittel zu Lasten anderer freiwilliger Maßnahmen vorzunehmen. Sie spricht sich deshalb für die Beschlussfassung zum interfraktionellen Änderungsantrag DS0612/05/2 aus.

Stadtrat Lischka, SPD-Fraktion, bringt sein Unverständnis hinsichtlich der kritischen Ausführungen des Vorsitzenden der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Ausdruck und spricht sich ebenfalls für die Beschlussfassung zum interfraktionellen Änderungsantrag DS0612/05/2 aus.

Der Stadtrat **beschließt** mit einigen Ja-Stimmen und einigen Enthaltungen mehrheitlich:

Der Änderungsantrag DS0612/05/3 des Stadtrates Giefers, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

- Änderung des Punktes 1 im Änderungsantrag DS0612/05/2 - Interfraktionell

1. Die Errichtung einer Toilettenanlage auf dem Schellheimerplatz wird bis zur Haushaltsberatung 2007 zurückgestellt.

wird **abgelehnt**.

Gemäß Änderungsantrag DS0612/05/2 – Interfraktionell – **beschließt** der Stadtrat bei einer Nein-Stimme und einigen Enthaltungen mehrheitlich:

Beschluss-Nr. 981-33(IV)06

1. Auf dem Schellheimerplatz wird mittelfristig keine Toilettenanlage gebaut.
2. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, mit der von der gemeinnützigen „via creare gGmbH“ betriebenen „Brasserie am Schelli“ in Verhandlungen zu treten, mit dem Ziel, eine Regelung zu erreichen, demnach die vorhandene Gaststättentoilette auch von der Öffentlichkeit – insbesondere auch von den Kindern, die sich auf dem Spielplatz aufhalten – ohne jeglichen Verzehrzwang benutzt werden kann.
3. Auf dem Platz ist ein Schild anzubringen, dass sich in der „Brasserie am Schelli“ eine öffentlich nutzbare Toilette befindet.
4. Für die damit verbundenen erhöhten Aufwendungen (Reinigung, Instandhaltung, Wasser, Abwasser, Strom und Verbrauchsmaterialien) erhält die „Brasserie am Schelli“ vom zuständigen städtischen Eigenbetrieb (SAB) einen angemessenen pauschalen Ausgleich.
5. Das Verhandlungsergebnis ist vom Ausschuss für Finanzen und Grundstücke und vom Betriebsausschuss SAB vor Abschluss des Vertrages zu bestätigen.
6. Die sichere Erreichbarkeit für die Kinder ist durch geeignete Verkehrsberuhigungsmaßnahmen zu gewährleisten.

Mit dieser Beschlussfassung hat sich eine Abstimmung zum Änderungsantrag DS0612/05/1 des Ausschusses StBV sowie zur Drucksache DS0612/05 erübrigt.

5.4.	Jahresabschluss 2004 der Innovations- und Gründerzentrum Magdeburg GmbH (IGZ GmbH)	DS0051/06
	BE: Bürgermeister	

Der Ausschuss FG empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Beschluss-Nr. 982-33(IV)06

Der Stadtrat nimmt den von der PwC Deutsche Revision AG, Zweigniederlassung Magdeburg, geprüften und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Jahresabschluss 2004 der Innovations- und Gründerzentrum Magdeburg GmbH (IGZ GmbH) zur Kenntnis.

Der Gesellschaftervertreter der IGZ GmbH wird angewiesen:

- den Jahresabschluss 2004 mit einer Bilanzsumme in Höhe von 27.857.338,26 EUR und einem Jahresüberschuss in Höhe von 29.822,43 EUR festzustellen,
- den Jahresüberschuss 2004 in Höhe von 29.822,43 EUR mit dem Verlustvortrag in Höhe von 474.665,93 EUR zu verrechnen und insgesamt auf neue Rechnung vorzutragen,
- dem Geschäftsführer, Herrn Dr. Häfke, für das Geschäftsjahr 2004 Entlastung zu erteilen,
- die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PricewaterhouseCoopers (PwC) AG zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2005 zu bestellen.

5.5. Neubesetzung im Aufsichtsrat der Betreibergesellschaft
Forschungs- und Entwicklungszentrum Magdeburg mbH
(FEZM)

DS0076/06

BE: Bürgermeister

Seitens der Fraktion Die Linkspartei.PDS wird Stadträtin Dr. Rosemarie Hein als städtischer Vertreter in der FEZM vorgeschlagen.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Beschluss-Nr. 983-33(IV)06

Zur Besetzung im Aufsichtsrat der Betreibergesellschaft Forschungs- und Entwicklungszentrum Magdeburg mbH (FEZM) entsendet der Stadtrat gemäß § 119 GO LSA mit sofortiger Wirkung nachstehende Person als städtischen Vertreter:

Stadträtin Dr. Rosemarie Hein - Fraktion Die Linkspartei.PDS

5.6. Haushaltskonsolidierung 2006 bis 2009 - Maßnahme 76
"Betreibung Sportstätten"

DS0074/06

BE: Beigeordneter für Kultur, Schule und Sport

Zur Beratung liegen vor:

Änderungsantrag DS0074/06/1 der CDU-Fraktion

Änderungsantrag DS0074/06/2 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Änderungsantrag DS0074/06/3 der SPD-Fraktion

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion Stadtrat Stern bringt umfassend den Änderungsantrag DS0074/06/1 ein.

Stadtrat Danicke, SPD-Fraktion, signalisiert Zustimmung zum Änderungsantrag DS0074/06/1 und bringt den Änderungsantrag DS0074/06/3 ein.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Westphal bringt den Änderungsantrag DS0074/06/2 ein und sieht hier eine Übereinstimmung mit der Zielrichtung des Änderungsantrag DS0074/06/1 der CDU-Fraktion.

Bezugnehmend auf den Änderungsantrag DS0074/06/1 sieht Stadtrat Canehl, SPD-Fraktion, keine Möglichkeit zur Finanzierung eines Ersatzneubaus. Insbesondere verweist er darauf, dass die Sporthalle unter Denkmalschutz steht und sich nach Schließung der Sporthalle aus diesem Grund eine andere Nutzung schwierig gestalten wird. Er spricht sich für eine Beschlussfassung zum Änderungsantrag DS0074/06/3 aus.

Der Vorsitzende der FDP-Fraktion, Stadtrat Franke, unterstützt in seinen Ausführungen den Änderungsantrag DS0074/06/1 der CDU-Fraktion.

Eingehend auf den Hinweis des Stadtrates Canehl, SPD-Fraktion, zum Denkmalschutz verweist der Vorsitzende der CDU-Fraktion Stadtrat Stern auf entsprechende Änderungen des Denkmalschutzgesetzes, wonach unter Berücksichtigung wirtschaftlicher Aspekte ggf. ein Rückbau denkmalgeschützter Gebäude ermöglicht werden kann.

Der Vorsitzende der SPD-Fraktion Stadtrat Löhr verweist darauf, dass mit einer Beschlussfassung zum Änderungsantrag DS0074/06/2 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen eine Verpflichtung zur Errichtung eines Ersatzneubaus beschlossen wird und empfiehlt die Ablehnung dieses Änderungsantrages.

Stadtrat Walter Meinecke, Fraktion Die Linkspartei.PDS spricht sich für eine Beschlussfassung zum Änderungsantrag DS0074/06/3 der SPD-Fraktion aus und unterbreitet den Vorschlag, die Betreibung der Sporthalle fortzuführen, bis eine Alternativlösung gefunden wurde.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Westphal gibt nochmals erläuternde Ausführungen zum Anliegen des Änderungsantrages DS0074/06/2.

Der Beigeordnete für Kultur, Schule und Sport Herr Dr. Koch führt aus, dass in den letzten Jahren gemäß Beschlussfassung des Stadtrates eine ganze Reihe von sportlichen Einrichtungen neu errichtet wurden. Bzgl. der Sporthalle verweist er auf den nachweislichen Rückgang der Nutzung dieser Halle und legt dar, dass bei einer Sanierung der Halle in Höhe der Planungssumme von 4 Mio Euro, diese trotzdem nicht den geltenden DIN-Kriterien entsprechen würde. Gleichfalls stehen die für die weitere Unterhaltung der Halle erforderlichen Betriebskosten in keinem Verhältnis zu den Kosten für einen Hallenneubau. Er empfiehlt, den Prüfaufträgen der Änderungsanträge DS0074/06/1 der CDU-Fraktion und DS0074/06/3 der SPD-Fraktion zuzustimmen.

Der Stadtrat **beschließt** bei vielen Ja-Stimmen und einigen Enthaltungen mehrheitlich:

Der Änderungsantrag DS0074/06/2 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Der Stadtrat möge beschließen:

Der Antrag der CDU-Ratsfraktion (DS0074/06/1) wird um folgende Sätze erweitert:

Eine Schließung der jetzt vorhandenen Buckauer Sporthalle erfolgt erst, wenn ein Ersatzneubau errichtet oder ein adäquater Ersatz gegeben ist und an Stelle der vorhandenen Sporthalle Buckau genutzt werden kann.

Darüber hinaus ist auch zu prüfen, inwiefern eine Sanierung der Buckauer Sporthalle erwogen werden könnte.

wird **abgelehnt**.

Gemäß Änderungsantrag DS0074/06/1 der CDU-Fraktion **beschließt** der Stadtrat bei 1 Nein-Stimme und einigen Enthaltungen mehrheitlich:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, für die aus Kosten- und Sicherheitsgründen zu schließende Buckauer Sporthalle im Rahmen des Sanierungsgebietes Buckau die Möglichkeit der Errichtung eines Ersatzneubaus zu prüfen.

Gemäß Änderungsantrag DS0074/06/3 der SPD-Fraktion beschließt der Stadtrat einstimmig:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, ob die 2008 und 2009 durch die Schließung der Buckauer Sporthalle eingepflanzten Einsparungen i.H. von 25.000,00 €p.a. auch auf anderem Wege realisiert werden können. Dabei soll auch eine alternative Betreuung geprüft werden.

Unter Beachtung der beschlossenen Änderungsanträge DS0074/06/1 der CDU-Fraktion und DS0074/06/3 der SPD-Fraktion beschließt der Stadtrat bei vielen Enthaltungen einstimmig:

Beschluss-Nr. 984-33(IV)06

1. Der Fachbereich 40 Schule und Sport wird beauftragt, im Rahmen der Haushaltskonsolidierung – Maßnahme 76 „Betreibung Sportstätten“ in den Jahren 2006 bis 2009 eine Einsparung bei der Betreibung und Bewirtschaftung von Sportstätten in Höhe von 243.000 EUR nachzuweisen.
2. Die Einsparung untergliedert sich nach Jahresscheiben wie folgt:

- 2006	34.475 EUR,	dv. Sachk.:	2.875 EUR	dv. Personalk.:	21.600 EUR
		dv. Einn.:	10.000 EUR		
- 2007	8.625 EUR,	dv. Sachk.:	8.625 EUR	dv. Personalk.:	0 EUR
- 2008	99.950 EUR,	dv. Sachk.:	50.000 EUR	dv. Personalk.:	49.950 EUR
- 2009	99.950 EUR,	dv. Sachk.:	50.000 EUR	dv. Personalk.:	49.950 EUR

- 5.7. Haushaltskonsolidierung 2007 - 2009 DS0142/06
 - Maßnahme 80 - Planungsleistungen (Handlungsfeld 7)
 BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr
-

Der Ausschuss FG empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Stadtrat beschließt bei zwei Enthaltungen einstimmig:

Beschluss-Nr. 985-33(IV)06

1. Das Dezernat VI erbringt eine Soll-Einsparung von jeweils 520 T EUR im Zeitraum 2007 – 2009.
2. Das Soll-Einsparpotential ist jährlich mit Maßnahmen zu untersetzen.
3. Die Untersetzung des Soll-Einsparpotentials für 2007 ergibt sich wie folgt:

- 260 T EUR Amt 61 DS 0136/06	
- 260 T EUR erbringen die Ämter 63, 65, 66 und FB 62	
- aus Maßnahmen Ausgabenminimierung	142.268,88 EUR
- aus Maßnahmen Einnahmeerhöhung	92.500,00 EUR
- aus Maßnahmen Personalkosteneinsparung	25.300,00 EUR

5.8. Untersetzung der Konsolidierungsvorgaben aus dem
Beitrittsbeschluss zur Haushaltssatzung 2006

DS0148/06

BE: Bürgermeister

Der Ausschuss FG empfiehlt die Beschlussfassung.

Zur Beratung liegt der Änderungsantrag DS0148/06/1 der CDU-Fraktion vor.

Der Bürgermeister Herr Czogalla gibt zur Drucksache DS0148/06 umfassende Erläuterungen und verweist insbesondere darauf, dass mit der Beschlussfassung zur Drucksache die Auflagen des Landesverwaltungsamtes zum Haushalt 2006 erfüllt sind und der Haushalt somit umgesetzt werden kann.

In seinen weiteren Ausführungen geht er auf

- die Zusammenfassung der Konsolidierungsergebnisse von Einzelmaßnahmen der in der Anlage zur Drucksache dargestellten einzelnen Gruppen,
- die Darstellung der langfristigen Entwicklung des Fehlbedarfes und des strukturellen Defizites,
- die Risiken für die zukünftige Entwicklung des Haushaltes der Landeshauptstadt Magdeburg sowie
- die Darstellung von Maßnahmen in Umsetzung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes 2005 - 2009 im Bereich der freiwilligen Aufgaben

ein. **(siehe Anlage 1)**

In der sich anschließenden umfänglichen Diskussion nimmt der Vorsitzende der FDP-Fraktion Stadtrat Franke Bezug auf das Beispiel der Stadt Dresden und legt seine Auffassung hinsichtlich der Veräußerung von kommunalem Eigentum dar. Im Weiteren spricht er sich für die Beschlussfassung zur Drucksache aus.

Der Vorsitzende des Ausschusses FG Stadtrat Bromberg richtet in seinen Ausführungen die Bitte an die Vertreter des Stadtrates in den städtischen Eigenbetrieben ebenfalls die Unabweisbarkeit von Maßnahmen und Einsparpotentiale zu prüfen.

Stadtrat Stern, Vorsitzender der CDU-Fraktion, unterstützt die Ausführungen des Stadtrates Bromberg und nimmt Bezug auf die zur Untersetzung neuer Konsolidierungsmaßnahmen aufgeführten Budgetkürzungen. Er vertritt die Auffassung, dass auch hier Verschiebungen zugelassen und durch den Stadtrat beschlossen werden sollten.

Unter dem Aspekt, dass die Kürzungen in den Budgets bei der Aufstellung des Haushaltsplanes einzeln zur Disposition stehen und einzeln im Stadtrat abgestimmt werden, stimmt die CDU-Fraktion einer Beschlussfassung zur vorliegenden Drucksache zu.

In seinen umfassenden Ausführungen zur Thematik geht der Oberbürgermeister auf die Einnahmen- und Ausgabensituation der Stadt Magdeburg ein und legt dar, dass sich auf Grund gesetzlicher Regelungen des Landes und des Bundes die Einnahmen der Stadt drastisch verringert haben. Trotz dieser Situation ist es jedoch gelungen, größere Einsparungen im Verwaltungshaushalt zu erreichen. Er verweist jedoch eindringlich darauf, dass bei weiteren Ausgabesteigerungen auf Grund gesetzlicher Regelungen, z.B. für Hartz IV, ein Ausgleich im städtischen Haushalt durch Einsparungsmaßnahmen nicht mehr möglich sein wird. Diese Entwicklung ist für ihn nicht mehr hinnehmbar.

Im Weiteren informiert er über Gespräche hinsichtlich der Problematik Schulsanierungen mit dem Landesverwaltungsamt und zitiert beispielhaft aus einem Schreiben des LVA, dessen Auffassung zu geplanten Schulsanierungsmaßnahmen hinsichtlich der Begründung zur Unabweisbarkeit der Maßnahmen. Weiterhin informiert er über die Regelungen, die eine Unabweisbarkeit von Sanierungsmaßnahmen zulassen und führt aus, dass dieser angesetzte Maßstab nicht mehr durch Konsolidierungsmaßnahmen ausgeglichen werden kann und eine weitere Entwicklung in der Stadt Magdeburg ausschließt. Er kündigt an, mit der Landesregierung entsprechende Gespräche zu führen und darzustellen, welche Konsequenzen sich hieraus für die Stadt Magdeburg ergeben. Er fordert die Stadträte auf, entsprechend ihrer Möglichkeiten hier ihren Einfluss ebenfalls geltend zu machen.

Abschließend nimmt der Oberbürgermeister Bezug auf den Vorschlag des Stadtrates Stern, CDU-Fraktion, hinsichtlich der Verschiebungen bei Budgetkürzungen und führt aus, dass dies machbar sei, aber zur konkreten Umsetzung noch entsprechende Gespräche mit den Beigeordneten geführt werden müssen. Er verweist darauf, dass seitens der Stadträte in Vorbereitung der Beschlussfassung zu den Eckwerten des Haushaltsplanes für 2007 entsprechende Vorschläge unterbreitet werden können.

Stadtrat Schindehütte, CDU-Fraktion, signalisiert seine Zustimmung zur vorgelegten Drucksache und bringt den Änderungsantrag DS0148/06/1 ein.

Der Vorsitzende der Fraktion Die Linkspartei.PDS Stadtrat Brüning bringt im Ergebnis der Diskussion der Fraktion zur vorliegenden Drucksache die Auffassung seiner Fraktion zum Ausdruck, dass die Leistungsfähigkeit der Stadt nicht eingeschränkt werden darf. Er spricht sich jedoch eindeutig gegen den Vorschlag der FDP-Fraktion hinsichtlich der Veräußerung kommunalen Eigentums aus.

Zur Nachfrage des Stadtrates Wähnelt, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, hinsichtlich Einsparungen bei der MVB GmbH macht der Oberbürgermeister entsprechende Ausführungen und schlägt vor, die Thematik seitens des Geschäftsführers in der Fraktion erläutern zu lassen.

Ergänzend informiert der Vorsitzende des Ausschusses FG Stadtrat Bromberg über die Darstellung des Geschäftsführers zur Einnahmen- und Ausgabensituation der Gesellschaft im Ausschuss.

Das Abstimmungsergebnis zum Änderungsantrag DS0148/06/1 (bei einigen Enthaltungen und vielen Nein-Stimmen mehrheitlich beschlossen) wird angezweifelt und die Abstimmung wiederholt.

Der Stadtrat beschließt mit 20 Ja-Stimmen, 22 Nein-Stimmen und 7 Enthaltungen:

Der Änderungsantrag DS0148/06/1 der CDU-Fraktion,

Der Stadtrat möge beschließen:

Bei der HKK-Maßnahme 86 „MVB-Einsparung“ werden die Mittel der Gewinnabführung an die Stadt bzw. die nicht vom Unternehmen abgerufenen städtischen Zuschüsse beim eingeplanten Einsparungsvolumen vollständig berücksichtigt.

wird **abgelehnt**.

Der Stadtrat beschließt bei einigen Enthaltungen einstimmig:

Beschluss-Nr. 986-33(IV)06

1. Der Stadtrat bestätigt das Einsparvolumen der mit der DS0516/05 bereits im Grundsatz beschlossenen Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen 76 bis 80 gemäß Teil B der Anlage.
2. Der Stadtrat beschließt die neuen Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen 81 bis 87 sowie 12a und bestätigt deren Einsparvolumen gemäß Teil C der Anlage.
3. Der Stadtrat beschließt die Kürzung der Budgets I bis VI gemäß Teil D der Anlage.

5.9. Übertragung des Technikmuseums Magdeburg an den Verein DS0581/05
"Kuratorium für Industriekultur in der Region Magdeburg e. V."

BE: Beigeordneter für Kultur, Schule und Sport

Der 1. stellv. Vorsitzende des Stadtrates Herr Danicke übernimmt die Sitzungsleitung.

Stadträtin Karin Meinecke, Fraktion die Linkspartei.PDS, erklärt gemäß § 31 GO LSA ihr Mitwirkungsverbot und nimmt nicht an der Beratung und Abstimmung teil.

Die Ausschüsse K und FG empfehlen die Beschlussfassung.

Der Beigeordnete für Kultur, Schule und Sport Herr Dr. Koch gibt umfassende Erläuterungen zur vorliegenden Drucksache und geht dabei insbesondere auf die Voraussetzungen für den Trägerwechsel ein.

Der vorliegende Änderungsantrag DS0581/05/1 der CDU-Fraktion wird durch den Vorsitzenden der CDU-Fraktion Stadtrat Stern **zurückgezogen** und die Zustimmung zu einer Übertragung des Technikmuseums signalisiert.

Der Vorsitzende der Fraktion Die Linkspartei.PDS Stadtrat Brüning hält es für richtig, dass der Standort des Technikmuseums bewahrt wird und spricht sich für eine Beschlussfassung zur Übertragung aus.

Stadtrat Klein, FDP-Fraktion, informiert über die Bereitschaft seiner Fraktion, das Kuratorium bei seiner ehrenamtlichen Tätigkeit zu unterstützen und spricht sich für eine Beschlussfassung zur Drucksache aus.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Beschluss-Nr. 987-33(IV)06

1. Die Aufgaben des Technikmuseums Magdeburg werden zum 01. Juni 2006 an den Verein „Kuratorium für Industriekultur in der Region Magdeburg e. V.“ übertragen.
2. Rechtliche Grundlage der Übertragung ist eine Vereinbarung, die im Wortlaut Bestandteil dieser Beschlussvorlage ist.
3. Die Landeshauptstadt Magdeburg unterstützt den Verein für den Aufbau und Betrieb des Technikmuseums mit einer institutionellen Förderung als Grundsicherung für nachgewiesene Ausgaben bis zur Höhe von 88.800,00 EUR pro Jahr.
Die Förderung ist auf die Jahre 2006 bis 2009 zeitlich begrenzt. Eine finanzielle Förderung über das Jahr 2009 hinaus bedarf einer erneuten Beschlussfassung durch den Stadtrat.
4. Zur Sicherung der Arbeitsfähigkeit unterstützt die Landeshauptstadt Magdeburg den Verein auch personell.
Dazu wird ein Bühnentechniker des Theaters in das Technikmuseum abgeordnet.
Die Abordnung beginnt am 01. Januar 2006 und endet mit Ablauf des Jahres 2009.

5.10.	Rahmenkonzept zur Integrationspolitik der Landeshauptstadt Magdeburg	DS0013/06
BE: Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit		

Zur Beratung liegen vor:

Änderungsantrag DS0013/06/1 der FDP-Fraktion
 Änderungsantrag DS0013/06/2 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
 Änderungsantrag DS0013/06/3 des Ausschusses Juhi

Die Ausschüsse FuG und GeSo empfehlen die Beschlussfassung.
 Der Ausschuss Juhi empfiehlt die Beschlussfassung unter Beachtung des Änderungsantrages DS0013/06/3.

Die Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit Frau Bröcker bringt die Drucksache DS0013/06 umfassend ein. Hinsichtlich der vorliegenden Änderungsanträge sieht sie den Änderungsantrag DS0013/06/2 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen als erledigt an, da diese Stelle im Bereich des Oberbürgermeisters angegliedert wird.

Stadtrat Giefers, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, würdigt die erbrachten Leistungen zur Erarbeitung des Rahmenkonzeptes und begründet mit Verweis auf die erforderliche Umsetzung des Konzeptes den Änderungsantrag DS0013/06/2 seiner Fraktion.

Der Ausländerbeauftragte der Stadt Magdeburg Herr Coulibaly nimmt Stellung zum vorliegenden Rahmenkonzept und bezeichnet dieses als Meilenstein in der Migrationsarbeit der Stadt Magdeburg. Er verweist auf die stattfindende Globalisierung und die damit verbundene Verpflichtung zur Verbesserung der Standortfaktoren. Hierzu gehört auch die Integration von Migrantinnen und Migranten und die beiderseitige Verpflichtung, die Integration zuzulassen und sich gegenseitig Respekt zu zollen. Er spricht seinen Dank an alle Beteiligten aus, die an der Erarbeitung des Rahmenkonzeptes mitgewirkt haben.

In seinen weiteren Ausführungen geht er auf die Verantwortung des Ausländerbeirates bei der Integrationsarbeit ein und bittet abschließend um Zustimmung zum vorliegenden Rahmenkonzept.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper macht klarstellende Ausführungen hinsichtlich der Einrichtung einer Stelle in seinem Bereich zu Migrationsthemen.

Die Vorsitzende des Ausschusses FuG Stadträtin Huhn informiert über die Behandlung der Thematik des Änderungsantrages DS0013/06/2 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in diesem Ausschuss und legt die Gründe für die mehrheitliche Ablehnung dar. Sie spricht sich persönlich für eine Überweisung in die im Änderungsantrag genannten Ausschüsse aus.

Stadtrat Giefers, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, geht nochmals klarstellend auf die Zielstellung des Änderungsantrages seiner Fraktion ein.

Der Vorsitzende der Fraktion Die Linkspartei.PDS Stadtrat Brüning sieht in der Integrationsarbeit auch eine politische Aufgabe und kündigt an, sich für die Fortschreibung des Rahmenkonzeptes einsetzen zu wollen. Die Fraktion Die Linkspartei.PDS stimmt einer Beschlussfassung zur vorliegenden Drucksache zu.

Stadtrat Klein, FDP-Fraktion, spricht sich für die Beschlussfassung zur Drucksache aus und legt seine Ablehnungsgründe bzgl. des Änderungsantrages DS0013/06/2 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen dar.

Stadtrat Herbst, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, bringt den GO-Antrag – Überweisung des Änderungsantrages DS0013/06/2 in die Ausschüsse GeSo, FuG und VW – ein.

Der Vorsitzende der Fraktion Die Linkspartei.PDS Stadtrat Brüning gibt den Hinweis, dass mit einer Zustimmung zum GO-Antrag eine Abstimmung zur vorliegenden Drucksache am heutigen Tag nicht mehr möglich ist.

Vom Vorsitzenden der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Westphal wird nach Zusicherung des Oberbürgermeisters, die Beschreibung für die in seinem Bereich einzurichtende Stelle für Migrations- und Integrationsfragen den Fraktionen zur Kenntnis zu geben, der Änderungsantrag DS0013/06/2 **zurückgezogen**.

Gemäß Änderungsantrag DS0013/06/1 der FDP-Fraktion beschließt der Stadtrat bei einigen Enthaltungen einstimmig:

Der Stadtrat möge beschließen:

In der Anlage II **Rahmenziele und Handlungsansätze** zur Drucksache 0013/06 wird unter Ziel: Förderung des Spracherwerbs der Migrantinnen und Migranten der 4. Anstrich wie folgt geändert:

- Die Stadt Magdeburg wird Sprach- **und Integrationskurse** für ältere Migrantinnen und Migranten in den Service-Zentren ideell unterstützen und ggf. auch im Rahmen von Zielvereinbarungen mit den Trägern finanziell fördern.

Gemäß Änderungsantrag DS0013/06/3 des Ausschusses Juhi beschließt der Stadtrat bei einigen Enthaltungen einstimmig:

Auf Seite 9 im Ziel: Förderung der sozialen Betreuung für Migrantinnen und Migranten, wird der zweite Anstrich wie folgt ergänzt:

Die Stadt Magdeburg unterstützt in Verbindung mit der Freiwilligenagentur ferner Privatpersonen, die als kommunale „Lotsen“ das Integrationsprogramm begleiten und Migrantinnen und Migranten insbesondere beim Kontakt mit der Verwaltung behilflich sind.

Der Vorsitzende der Fraktion BfM/Tierschutz Stadtrat Dr. Kutschmann hält die geplante Änderung des B-Planes für städtebaulich bedenklich.

Der Stadtrat beschließt mit vielen Nein-Stimmen und einigen Enthaltungen mehrheitlich:

Beschluss-Nr. 989-33(IV)06

1. Die rechtsverbindliche Satzung des Bebauungsplanes Nr. 239-3 „Regierungsstraße“ soll im vereinfachten Verfahren nach § 13 Baugesetzbuch geändert werden.
2. Die Änderung betrifft den verkehrsberuhigten Bereich südlich der Bärstraße/Regierungsstraße („Bärplatz“) und folgende Festsetzungen für das Kerngebiet MK 4:

- Verschiebung der Fläche für Gemeinschaftsstellplätze und Änderung der maximalen Gebäudehöhe der Parkpalette im Innenhof,
- Änderung der Festsetzungen für eine Bebauung am „Bärplatz“,
- Änderung von Traufhöhen im Teilbereich an der Regierungsstraße,
- Änderung der Lage von Geh-, Fahr- und Leitungsrechten.

Außerdem soll die östliche Baulinie des Kerngebietes MK 2 im nördlichen Bereich der Regierungsstraße auf die Grundstücksgrenze versetzt werden.

3. Der Entwurf und die Begründung zur 1. Änderung des rechtsverbindlichen Bebauungsplanes Nr. 239-3 „Regierungsstraße“ werden in der vorliegenden Fassung gebilligt. Der Entwurf und die Begründung sind gemäß § 3 Abs. 2 Satz 1 BauGB für die Dauer eines Monats öffentlich auszulegen. Gemäß § 13 Abs. 3 BauGB ist bei der Auslegung darauf hinzuweisen, dass von einer Umweltprüfung abgesehen wird.
4. Gemäß § 4a BauGB erfolgt die Beteiligung der von der Planung berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 2 BauGB gleichzeitig mit der Auslegung des Bebauungsplanentwurfes (§ 3 Abs. 2 BauGB). Die Benachrichtigung über die öffentliche Auslegung erfolgt gemäß § 3 Abs. 2 Satz 3 BauGB.
5. Der Beschluss der öffentlichen Auslegung der 1. Änderung des Bebauungsplanes, Ort und Dauer sind gemäß § 3 Abs. 2 Satz 2 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.

- 5.12. Einleitung der 8. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) DS0647/05
der Landeshauptstadt Magdeburg - Herrenkrug

BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

Die Ausschüsse UwE, StBV und RWB empfehlen die Beschlussfassung.

Stadtrat Wähnelt, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, verweist auf die Gefährdung durch Hochwasser und die Ausweisung als Naturschutzgebiet in diesem Bereich und empfiehlt, die vorliegende Drucksache abzulehnen.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper macht klarstellende Ausführungen hinsichtlich des Hochwassergebietes und führt aus, dass für die Änderung des Flächennutzungsplanes ein Planungsverfahren durchgeführt wird, in dessen Ergebnis die Genehmigungsfähigkeit festgestellt werden muss.

Der Stadtrat beschließt bei einigen Nein-Stimmen und einigen Enthaltungen mehrheitlich:

Beschluss-Nr. 990-33(IV)06

1. Für den Stadtteil Herrenkrug sollen die Darstellungen des Flächennutzungsplanes geändert werden.
Die Grenze des Geltungsbereiches der 8. Änderung des Flächennutzungsplanes entspricht exakt der äußeren Grenze des Stadtteiles und ist in der beiliegenden Karte, die einen Bestandteil des Beschlusses bildet, dargestellt.
2. Mit der Änderung des Flächennutzungsplanes soll in erster Linie die Möglichkeit zur Erweiterung der vorhandenen Sonderbaufläche Freizeit / Sport mit hohem Grünanteil geprüft werden. Bei der Durchführung des Verfahrens sind die naturschutzrechtlichen und -fachlichen Anforderungen (Vorranggebiet für Natur und Landschaft, Flora-Fauna-Habitat-(FFH-)Schutzgebiet, Biosphärenreservat, besonders geschützte Biotop sowie Naturdenkmale) im besonderen Maße zu beachten (zeichnerische Darstellung s. Anlage). Des Weiteren werden alle Darstellungen des Flächennutzungsplanes für den Stadtteil Herrenkrug mit der tatsächlichen Bodennutzung abgeglichen und gegebenenfalls überarbeitet.
3. Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 BauGB soll nach ortsüblicher Bekanntmachung gemäß § 2 Abs. 1 Satz 2 BauGB durch 14-tägige Offenlegung des Beschlusses, begleitet durch Sprechstunden im Stadtplanungsamt Magdeburg, sowie durch eine Bürgerversammlung erfolgen.
4. Die Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange sind gemäß § 4 Abs. 1 BauGB an dem Verfahren zu beteiligen.
5. Der Beschluss zur Einleitung der 8. Änderung des Flächennutzungsplanes der Landeshauptstadt Magdeburg ist ortsüblich bekannt zu machen

- 5.13. Einleitung des Satzungsverfahrens zum vorhabenbezogenen DS0002/06
 Bebauungsplan Nr. 126-2.1 "Betriebshof
 Abfallwirtschaftsbetrieb Marschweg 33 / Rothenseer Straße 77"

BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

Der Ausschuss StBV empfiehlt die Beschlussfassung unter Beachtung des vorliegenden Änderungsantrages DS0002/06/1.

Der Ausschuss UwE empfiehlt die Beschlussfassung.

Stadtrat Zentgraf, Fraktion Die Linkspartei.PDS, spricht sich für eine Ablehnung zur Drucksache aus und begründet seine Auffassung.

Stadtrat Czogalla, SPD-Fraktion, und Stadträtin Paquè, FDP-Fraktion, sprechen sich für die Beschlussfassung zum Änderungsantrag DS0002/06/1 des Ausschusses StBV aus.

Gemäß Änderungsantrag DS0002/06/1 des Ausschusses StBV **beschließt** der Stadtrat bei einigen Enthaltungen einstimmig:

Unter Punkt 2. Planungsziele ist zu ergänzen:

Der Erhalt einer Zufahrt des Betriebshofes zur Ohrestraße ist zu untersuchen.

Der Stadtrat beschließt bei einigen Enthaltungen einstimmig:

Beschluss-Nr. 991-33(IV)06

1. Für das Gebiet, das umgrenzt wird
 - im Norden: von der Nordgrenze des Flurstückes 71,
 - im Westen: von der Westgrenze der Flurstücke 71, 72, 73, 74, 75, 1140/76, 1141/76, 1142/77, 78, von der Nordgrenze des Flurstückes 116 und deren westlicher Verlängerung bis zur Westseite der Rothenseer Straße, von der Westseite der Rothenseer Straße, von der Nordseite der Flurstücke 10014, 1567/118 und von der Nord- und Ostgrenze des Flurstückes 10013,
 - im Süden: von der Südgrenze des Flurstückes 10012 und der West- und Südgrenze des Flurstückes 82,
 - im Osten: von der Westgrenze des Marschweges (Flurstück 1913).

soll gemäß § 12 Abs. 2 BauGB auf Antrag des Vorhabenträgers das Satzungsverfahren zu einem vorhabenbezogenen Bebauungsplan eingeleitet werden.

Das in seiner Begrenzung vorstehend beschriebene Gebiet ist im beiliegenden Lageplan, der einen Bestandteil des Beschlusses bildet, dargestellt.

gemäß Punkt 3 des Beschlussvorschlages bei einigen Nein-Stimmen und einigen Enthaltungen mehrheitlich:

Beschluss-Nr. 994-33(IV)06

- 3.) die Benennung des neu entstehenden Platzes im Entwicklungsgebiet am Handelshafen südlich des Hafenbeckens als

Charles-de-Gaulle-Platz

- 5.15. Vereinfachte Änderung des Entwurfes zum Bebauungsplan Nr. DS0036/06
407-3 "Wissenschaftszentrum Brenneckestraße"

BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

Die Ausschüsse UwE und StBV empfehlen die Beschlussfassung.

Der Stadtrat beschließt bei einigen Nein-Stimmen mehrheitlich:

Beschluss-Nr. 995-33(IV)06

1. Der vom Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg am 08.12.2003 gebilligte und vom 23.01.2004 bis zum 23.02.2004 öffentlich ausgelegte Entwurf zum Bebauungsplan Nr. 407-3 „Wissenschaftszentrum Brenneckestraße“ wurde gemäß § 233 BauGB in der Fassung des EAG Bau vom 24.06.2004 und § 3 Abs. 3 Satz 3 i. V. m. § 13 BauGB in der ab 16.01.1998 geltenden Fassung im Rahmen von drei vereinfachten Verfahren wie folgt geändert:

erste Änderung:

- geringfügige Lageveränderung der inneren Erschließungsstraße
- Zonierung der zulässigen Bauhöhen im Baufeld westlich der Erschließungsstraße

zweite Änderung:

- nachrichtliche Übernahme der Lärmpegelbereiche in den Planteil A
- Aufnahme von immissionsschutzrechtlichen Festsetzungen - §§ 8-11 und eines immissionsschutzrechtlichen Hinweises in den Planteil B

dritte Änderung:

- Festsetzung eines Leitungsrechtes zugunsten der Versorgungsunternehmen im SO3 parallel zur Brenneckestraße

- 5.17. Öffentliche Auslegung des Entwurfs zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 134-3.1 "Lübecker Straße 8" DS0058/06
 BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr
-

Der Ausschuss UwE empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Ausschuss StBV empfiehlt die Beschlussfassung unter Beachtung des vorliegenden Änderungsantrages DS0058/06/1.

Gemäß Änderungsantrag DS0058/06/1 des Ausschusses StBV **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

In die textlichen Festsetzungen des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes ist aufzunehmen:
Je angefangene 6 Stellplätze ist ein großkroniger Laubbaum zu pflanzen.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Beschluss-Nr. 997-33(IV)06

1. Der Entwurf zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 134-3.1 "Lübecker Straße 8" und die dazugehörige Begründung werden in der vorliegenden Fassung gebilligt. Eine Umweltprüfung gemäß § 2 Abs. 4 BauGB wurde durchgeführt und ist gemäß § 2a BauGB Bestandteil der Begründung.
2. Der Entwurf zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 134-3.1 "Lübecker Straße 8" und die dazugehörige Begründung sind gemäß § 3 Abs. 2 BauGB für die Dauer eines Monats öffentlich auszulegen. Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung sind ortsüblich bekannt zu machen. Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange sind gemäß § 3 Abs. 2 Satz 3 BauGB von der öffentlichen Auslegung zu benachrichtigen.

- 5.18. Verkehrskonzept Hopfengarten DS0072/06
 BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr
-

Der Ausschuss RWB empfiehlt die Beschlussfassung unter Beachtung des vorliegenden Änderungsantrages DS0072/06/1.

Der Ausschuss StBV empfiehlt die Beschlussfassung und lehnt eine Beschlussfassung zum vorliegenden Änderungsantrag ab.

Der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Kaleschky bringt die Drucksache umfassend ein. Er geht auf den vorliegenden Änderungsantrag DS0072/06/1 des Ausschusses RWB ein und empfiehlt mit begründenden Ausführungen die Ablehnung des Änderungsantrages.

Der Stadtrat **beschließt** bei einigen Ja-Stimmen und einigen Enthaltungen mehrheitlich:

Der Änderungsantrag DS0072/06 des Ausschusses RWB

1. Im Beschlussvorschlag wird der Punkt 3 gestrichen
2. Punkt 4 wird wie folgt formuliert:
Das Tiefbauamt nimmt den grundhaften Ausbau in das mittelfristige Investitionsprogramm auf.

wird **abgelehnt**.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 998-33(IV)06

1. Das Verkehrskonzept Hopfengarten wird beschlossen.
2. Die Verwaltung realisiert kurzfristig die aus dem Verkehrskonzept erarbeitete Maßnahme Querungshilfe Leipziger Chaussee / Lindenplan als Markierung. Im Bedarfsfall ist die Querungshilfe mit Kunststoffelementen zu verdeutlichen. Die erforderlichen Kosten von ca. 2.000 € für Markierung, Bordsteinabsenkung und Entfernung des Bordsteins/Befestigung einer Teilfläche erfolgen aus dem laufenden Haushalt des Tiefbauamtes.
3. Die Verwaltung realisiert das Pilotprojekt "Verkehrsberuhigung Ahornweg" mittels Blumenkübeln und Sperrflächen. Die erforderlichen finanziellen Mittel von ca. 12.000 € werden aus dem laufenden Haushalt des Tiefbauamtes zur Verfügung gestellt.
4. Das Tiefbauamt nimmt vorbehaltlich eines positiven Ergebnisses des Pilotprojektes den grundhaften Ausbau des Ahornweges in das mittelfristige Investitionsprogramm auf.

5.19.	Ausbau Eisenbahnknoten Magdeburg	DS0110/06
BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr		

Zur Beratung liegt der Änderungsantrag DS0110/06/1 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor.

Der Ausschuss StBV empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr bringt die vorliegende Drucksache umfänglich ein und erläutert unterstützt durch eine Power-Point-Präsentation den Vergleich der einzelnen Varianten.

Stadtrat Wähnelt, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, geht umfassend auf die vorliegende Drucksache ein und macht deutlich, dass die vorgelegte Variante städtebaulich keine Verbesserung bringen wird. Er sieht vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung in der Stadt Magdeburg auch keinen erhöhten Bedarf zur Umsetzung dieser Variante. In seinen weiteren Ausführungen geht er auf die entstehenden Kosten ein und spricht sich gegen eine Beschlussfassung zur Drucksache aus.

Abschließend nimmt er Bezug auf den vorliegenden Änderungsantrag DS0110/06/1 seiner Fraktion und verweist darauf, dass es sich hierbei um einen GO-Antrag auf Vertagung der Beschlussfassung handelt und kündigt die Einbringung dieses GO-Antrages nach Abschluss der Diskussion zur Drucksache an.

Stadtrat Zentgraf, Fraktion Die Linkspartei.PDS, erläutert seine Bedenken hinsichtlich der Leistungsfähigkeit der Baumaßnahme und geht auf kaufmännische Aspekte sowie die Problematik der Veränderungen der Hinweisschilder ein. Er legt seine Auffassung dar, dass aus kaufmännischer Sicht die Maßnahme umgesetzt werden könnte, hält diese jedoch städtebaulich für bedenklich.

In seinem Redebeitrag geht Stadtrat Czogalla, SPD-Fraktion, auf die Argumentationen des Stadtrates Wähnelt, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und auf die Behandlung des Variantenvergleichs im Ausschuss StBV und begründet die Entscheidung im StBV für die vorgelegte Variante.

Stadtrat Canehl, SPD-Fraktion, äußert sich kritisch zu Problemstellungen hinsichtlich der Verkehrsberuhigung, der Höhe des Tunnels sowie der städtebaulichen Gestaltung und stimmt einer Beschlussfassung zur Drucksache nicht zu.

Stadträtin Paquè, FDP-Fraktion, hält die vorgeschlagene Variante zwar nicht für optimal, sieht damit aber eine Lösung gegeben, den Verkehrsfluss zu entspannen. Sie spricht sich für eine Beschlussfassung zur Drucksache aus.

Stadtrat Salzborn, CDU-Fraktion, spricht sich ebenfalls für die Annahme der Drucksache aus.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion Stadtrat Stern legt die aus seiner Sicht bestehenden Vorteile in Umsetzung der Maßnahme dar und spricht sich für die Beschlussfassung aus.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Westphal argumentiert umfänglich gegen eine Beschlussfassung. Er bittet um Zustimmung zum GO-Antrag seiner Fraktion auf Rückverweis der Drucksache in die Verwaltung.

Der GO-Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (vorliegend als Änderungsantrag DS0110/06/1) wird bei einigen Ja-Stimmen mehrheitlich **abgelehnt**.

Im Rahmen der weiteren Diskussion macht der Beigeordnete für Wirtschaft, Tourismus und Regionalentwicklung Herr Dr. Puchta auf den wirtschaftlichen Aspekt, der bei der Umsetzung der Maßnahme beachtet werden sollte, aufmerksam. Bezug nehmend auf die im Zuge der Entwicklung der Innenstadt erreichte gute verkehrliche Anbindung des Allee-Center verweist er darauf, dass die vorliegende Variante diesen Vorteil auch für das City-Carree bringen wird.

Stadtrat Walter Meinecke, Fraktion Die Linkspartei.PDS, bringt seine Auffassung zum Ausdruck, dass mit der vorliegenden Variante die verkehrstechnischen Vorteile überwiegen und bittet um Zustimmung zur Drucksache.

Abschließend geht der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper klarstellend auf die Argumentation des Stadtrates Westphal ein und spricht sich für eine Zustimmung zur Drucksache aus.

Der Stadtrat beschließt bei einigen Nein-Stimmen und einigen Enthaltungen mehrheitlich:

Beschluss-Nr. 999-33(IV)06

1. Der Beschluss des Stadtrates zur Drucksache 0183/05 vom 12.05.2005 (Beschluss-Nr. 450-12(IV)05) wird aufgehoben.
2. Beim Ersatzneubau der Eisenbahnbrücken wird die Variante 3 - Neubau einer EÜ innerhalb der bestehenden Widerlager mit Nutzung des entstehenden Brückenquerschnittes für Straßenbahn sowie Fuß- und Radwegverkehr in der 0-Ebene und Führung des motorisierten Individualverkehr in der minus 1-Ebene - umgesetzt.
3. Im Bereich des Kölner Platzes wird eine neue Doppelhaltestelle geschaffen. Der Damaschkeplatzes wird als Einfachhaltestelle weitergenutzt und eine Verlagerung der Haltestelle Brandenburger Straße erfolgt in Höhe der Weinarkade.
4. An die DB AG ist die Forderung zu richten, die Verringerung der vorhandenen Durchfahrthöhen durch Erhöhung der Konstruktionsgestaltung der neuen Eisenbahnbrücken auf ein Minimum zu reduzieren.
5. Die DB AG wird aufgefordert den Bauzeitraum für den Ersatzneubau und die dafür notwendigen bauvorbereitenden Maßnahmen auf ein Minimum zu reduzieren. Der Straßenbahn-, Fußgänger- und Radfahrrerverkehr ist durchgängig zu gewährleisten. Die Beeinträchtigungen für den Motorisierten Individualverkehr sind gering zu halten.
6. Die DB AG wird aufgefordert, für den Hauptbahnhof Magdeburg ein Konzept zur Andienung und barrierefreien Erreichbarkeit sowie für den Kölner Platz ein Gestaltungskonzept vorzulegen.
7. Die Kreuzungsvereinbarung soll die Erstellung eines Gestaltungskonzeptes für die Brückenbauwerke (u.a. Farbgebung, denkmalpflegerische Gesichtspunkte) einschließen.

8. Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, auf der Basis des geltenden Kreuzungsrechtes eine Kreuzungsvereinbarung mit der DB AG abzuschließen.
9. Im Rahmen der Planungen (Kreuzungsvereinbarung) muss den Forderungen der Landeshauptstadt Magdeburg, der MVB GmbH und des Fördermittelgebers hinsichtlich der geforderten technischen und gestalterischen Parameter sowie der Bearbeitungstiefe Rechnung getragen werden. Bei der Bearbeitung der weiteren Planungsphasen sind die Eingriffe in den Bestand weiter zu minimieren.
10. Die Kosten für die notwendigen Verlegungen bzw. den Neubau von Leitungen der städtischen und privaten Ver- und Entsorgungsunternehmen müssen Bestandteil der Kreuzungsvereinbarung werden.
11. Zur Förderung der Infrastruktur wird der Oberbürgermeister ermächtigt beim Land Fördermittel zu beantragen.

Der Vorsitzende des Stadtrates Herr Ansorge übernimmt die Sitzungsleitung.

6. Einwohnerfragestunde

Der Stadtrat führt gemäß § 27 Gemeindeordnung LSA zwischen 17.00 Uhr und 17.30 Uhr eine Einwohnerfragestunde durch.

6.1. Frank Laudan, Lübecker Privatweg 30, 39124 Magdeburg

Es geht um mein Anliegen, welches dem Stadtrat bereits bekannt ist, zur Problematik Lärmschutz im Lübecker Privatweg in Höhe des Brückenbereiches. Ich möchte gern wissen, wie sich der Fortgang der Dinge bisher gestaltet, d.h., speziell sollten hier Anträge gestellt werden auf Fördermittel, wie die Sachlage momentan hier aussieht?

Der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Kaleschky verweist darauf, dass für die Beantragung der Fördermittel das Umweltamt verantwortlich ist.

Der in Vertretung des Beigeordneten für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung anwesende Leiter des Amtes für Brand- und Katastrophenschutz Herr Langenhan informiert über die Erarbeitung eines Projektes mit der Aussage zu den hierfür erforderlichen finanziellen Mitteln. Zunächst sind für die Umsetzung der Lärmschutzmaßnahme Mittel in den städtischen Haushalt einzustellen, erst wenn diese Mittel zur Verfügung stehen, kann ein entsprechender Fördermittelantrag gestellt werden.

Zur Nachfrage von Herrn Laudan hinsichtlich des Zeitraums für die Bereitstellung der finanziellen Mittel bis zur Umsetzung der Maßnahme führt der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper aus, dass die finanziellen Mittel erst im Jahr 2007 in den städtischen Haushalt eingestellt werden können. D.h. abhängig von den erforderlichen Genehmigungen könnte die Maßnahme zum Lärmschutz auch erst frühestens im Jahr 2007 realisiert werden.

Stadtrat Salzborn, CDU-Fraktion, nimmt Bezug auf seine diesbezügliche Anfrage an die Verwaltung zu dieser Thematik in der letzten Stadtratssitzung und mahnt deren schriftliche Beantwortung an. Nach Vorliegen der Stellungnahme der Verwaltung hierzu, wird er diese Herrn Laudan zukommen lassen.

Abschließend führt der Vorsitzende des Stadtrates Herr Ansorge aus, dass die Beantwortung der Anfragen Herrn Laudan schriftlich mitgeteilt werden.

7. Anfragen an die Verwaltung

7.1 Schriftliche Anfrage (F0084/06) des Stadtrates Brüning, Fraktion Die Linkspartei.PDS

Theaterbudget 2005

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

ich bitte um schriftliche Beantwortung folgender Fragen durch Sie:

1. Wann ist Ihnen zum ersten Mal zur Kenntnis gebracht worden, dass im Jahr 2005 aus dem Budget 7 ca. 800 000 Euro nicht benötigt werden? Wann genau hat die Theaterleitung davon Kenntnis gehabt? Welchen schriftlichen Beleg gibt es dafür?
2. Welche Maßnahmen des Generalintendanten haben im Einzelnen zur 2005 eingetretenen Einsparung im Budget 7 geführt? Ich bitte Sie um Auflistung der Maßnahmen nach folgendem Schema:

Lfd. Nr.	Maßnahme	Zeitpunkt der Festlegung der Maßnahme	Soll (€)	Ist (€)
----------	----------	--	----------	---------
3. Bezüglich Ihrer Antwort auf meine Anfrage in der Stadtratssitzung am 6. April 2006 frage ich Sie: Hatten der Generalintendant und der Kulturbeigeordnete am 12.10.2005, dem Tag der Unterzeichnung des Haustarifvertrages durch die Tarifpartner, eine Übersicht über alle Einspareffekte seiner Maßnahmen? Wenn ja, wie sah die Übersicht aus?
4. Warum sind die erheblichen Abweichungen vom Budget 7 nicht in den Informationen über die Inanspruchnahme von Haushaltsmitteln zum 30.6.2005 und zum 30.9.2005 enthalten? Warum gibt es in der Information über die Inanspruchnahme der Haushaltsmittel per 31.12.2005 keine Einschätzung des Budgets 7?

Die Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung

7.2. Schriftliche Anfrage (F0094/06) des Stadtrates Stern, CDU-Fraktion

Konzept interkommunaler Zusammenarbeit

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Trümper,

in Ihrer Antwort auf meine Anfrage F0110/05 erklärten Sie im April 2005, dass die Vorlage eines Konzeptes zur Stärkung der interkommunalen Zusammenarbeit zum damaligen Zeitpunkt nicht sinnvoll sei. Begründet wurde das mit den anstehenden Neuregelungen der Stadt-Umland-Beziehungen.

Damals fragte ich an, wann das mit dem Stadtratsbeschluss [Beschluss-Nr. 277-7(IV)04] zum Änderungsantrag DS0639/04/06 zum Haushaltsplanentwurf 2005 beschlossene Konzept bzgl. der interkommunalen Zusammenarbeit vorgelegt wird. Diese Vorlage sollte laut Beschluss bis zum März 2005 erfolgen.

Daher frage ich Sie heute erneut an:

1. Wann wird dem Stadtrat dieses Konzept gemäß Stadtratsbeschluss voraussichtlich ausgehändigt werden?
2. Worin liegt die Verzögerung bei der Umsetzung dieses Beschlusses durch die Verwaltung begründet?

Ganz ausdrücklich möchte ich die bisherigen Anstrengungen und die daraus resultierenden Ergebnisse auf diesem Gebiet unterstützen. Aber aus Sicht meiner Fraktion gibt es noch erhebliche Potentiale in diesem Bereich.

Neben einer kurzen mündlichen Beantwortung der Anfrage, bitten wir um eine schriftliche Stellungnahme.

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper:

Der Oberbürgermeister informierte, dass die Satzung bereits in der Arbeitsgruppe Zweckverband im Februar/März Thematik war. Zurzeit befindet sie sich in der Endphase und wird den Stadträten demnächst als Drucksache zur Beschlussfassung vorliegen.

Bei der Erarbeitung der Satzung wurden durch den Oberbürgermeister alle Vorschläge der Fraktionen über zukünftig gewünschte Regelungen vorgetragen. Diese wurden jedoch von den anderen Mitgliedern des Zweckverbandes abgelehnt. Somit wird es über diesen Weg keine weitere kommunale Zusammenarbeit mit finanziellen Folgen geben

Des Weiteren finden Gespräche mit der RKM statt. In dem Gespräch am 4. Mai 2006 wurden bereits Vereinbarungen mit den Landräten getroffen. Die Zusammenarbeit wird weiter fortgesetzt. Zurzeit können hier aber keine Schlussfolgerungen zu eventuellen Einsparungen im Haushaltskonzept gezogen werden.

Auf Nachfrage des Vorsitzenden des Stadtrates Herrn Ansorge wird die ausreichende mündliche Beantwortung der Anfrage durch den Anfragesteller bestätigt.

7.3. Schriftliche Anfrage (F0083/06) des Stadtrates Franke, FDP-Fraktion

Einlösen von Verbindlichkeiten

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

jüngst wurde in der Presse darüber berichtet, dass Handwerker über Zahlungsausfälle klagen, die die betroffenen Betriebe in ihrer Existenz gefährden (siehe Volksstimme vom 21. 4. 06).

Ich frage und bitte um eine mündliche und ggf. ergänzende schriftliche Beantwortung:

1. Wie lange dauert es gewöhnlich, bis die Landeshauptstadt Magdeburg ihren Verbindlichkeiten, die sie Handwerks- und Industriebetrieben gegenüber hat, nachgekommen ist (Zeitraum zwischen Rechnungseingang und getätigter Überweisung)?
2. Kommt die Landeshauptstadt gewöhnlich dem vom Rechnungsleger geforderten Datum der Einlösung der Verbindlichkeiten nach?
3. Sind der Landeshauptstadt Fälle von Existenzbedrohung bekannt, die durch verzögerte Zahlungen des Auftraggebers Landeshauptstadt Magdeburg entstanden sind?
Wenn diese Frage mit ja beantwortet wird, bitte ich um eine nicht öffentliche schriftliche Stellungnahme, aus der hervorgeht, um welche Firmen es sich handelt und worin die Ursachen liegen.

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper:

Der Oberbürgermeister informiert, dass die Rechnungen gegenüber der Landeshauptstadt Magdeburg immer mit einem Zahlungsziel versehen sind, welches auch eingehalten wird. Zusätzlich werden verkürzte Zahlungsziele mit Skonti genutzt.

Ihm ist nicht bekannt, dass Firmen auf Grund von verzögerten Zahlungen der Landeshauptstadt Magdeburg in ihrer Existenz bedroht sind. Wenn in den Medien Berichte diesbezüglich zu finden sind, kann dies auch stimmen. Allerdings liegen bei diesen Fällen Gründe, z. B. unberechtigte Rechnungslegungen, vor. In diesen Fällen wird die Rechnung geprüft und strittige Rechnungslegungen ohne Klärung nicht gezahlt.

In dem benannten Fall aus den Medien wurde von der Stadt eine Rechnungsdifferenz von 100.000 Euro gefordert, da der Auftraggeber ansonsten in seiner Existenz bedroht gewesen wäre. Solche Rechnungen können allerdings nicht durch die Stadt beglichen werden.

Auf Nachfrage des Vorsitzenden des Stadtrates Herrn Ansorge wird die ausreichende mündliche Beantwortung der Anfrage durch den Anfrager bestätigt.

7.4. Schriftliche Anfrage (F0081/06) des Stadtrates Wähnelt, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Virtuelles Stadtmodell

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

vor einigen Jahren wurde durch die Stadtverwaltung die Erarbeitung eines virtuellen Stadtmodells beauftragt. Das entstandene Modell ist recht anschaulich und detailliert gewesen und wurde auch (z.B. zum Rathausfest) den Magdeburgerinnen und Magdeburgern vorgeführt. Im Zusammenhang mit der für mich doch recht enttäuschenden „Visualisierung“ der Kunst für den Universitätsplatz frage ich Sie:

1. Welche Kosten hat die Erstellung des virtuellen Stadtmodells damals verursacht?
Gab es dafür Fördermittel ?
2. Bei welchem Amt befindet sich das virtuelle Stadtmodell derzeit ?
3. Wird das virtuelle Stadtmodell weiter aktualisiert ?
4. Wie häufig, zu welchen Zwecken und von welchen Ämtern wird das virtuelle Stadtmodell jetzt genutzt ?
5. Kann die Plastik „Points of view“ von Tony Cragg nicht in das virtuelle Stadtmodell eingesetzt werden, um Skeptiker und Kritiker zu überzeugen ?

Wir bitten um schriftliche Beantwortung.

Die Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

7.5. Schriftliche Anfrage (F0082/06) des Stadtrates Wähnelt, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Jugendclub Rogätzer Straße

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

nach einer Zeitungsveröffentlichung zum Neubau des Jugendklubs an der Rogätzer Straße wurden mir von Bürgern Fragen gestellt, die ich leider nicht beantworten konnte und sie deshalb an Sie mit der Bitte um Beantwortung weitergebe:

1. Weswegen wird nicht das bestehende Gebäude umgebaut und nachgenutzt, wenn der Neubau etwa die gleiche Kubatur wie das vorhandene, offensichtlich ja auch sanierte Wohngebäude hat ?
2. Wenn das vorhandene Gebäude für den Jugendklub nicht nachzunutzen war, weshalb wurde das Gebäude dann leergezogen ?
3. Gab es bei den in der Alten Neustadt und in der Entwicklungszone reichlich vorhandenen Brachflächen denn keinen anderen Standort für den Jugendklub als den eines sanierten und bis dahin bewohnten Gebäudes ?
4. Und weswegen wird für einen Neubau keine günstigere Kubatur und Gebäudestellung gewählt ?

Wir bitten um schriftliche Beantwortung.

Die Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

7.6.Schriftliche Anfrage (F0087/06) des Stadtrates Westphal, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Vorgesehene Baumfällungen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Mit der Stellungnahme S0070/05 zur Anfrage F0047/05 „Bilanz der Baumpflanzungen und –fällungen“ unserer Fraktion geben Sie einen Überblick über die Fällungen und Neupflanzungen in den Jahren 1999 – 2004. Tatsache ist, dass Magdeburg grün ist, eines der vielen Merkmale der Stadt. Diese Tatsache wird durch die o.g. Auflistung der vorgenommenen Neupflanzungen in den letzten Jahren bestätigt.

Unabhängig davon ist es unser Bestreben als Fraktion, den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt auch beim Thema Baumfällungen ein hohes Maß an Transparenz zu bieten. Dies war in den zurückliegenden Jahren nicht immer der Fall. Erst durch die Fällung der Bäume selbst, wurden die Bürgerinnen und Bürger auf eine solche Maßnahme aufmerksam. Das führte oft unnötigerweise zu Ärger und Aufregung !

Erst im letzten Jahr hat sich in der Verwaltung die Verfahrensweise durchgesetzt, geplante Fällungen von Straßenbäumen bereits im Vorfeld öffentlich bekannt zu geben. Wir begrüßen diese Praxis ausdrücklich, möchten aber dennoch um die Beantwortung folgender Anfragen bitten:

1. Wieviel und welche Art von Baumfällungen hat es im Jahr 2006 bereits gegeben ?
2. Welche konkreten Fällungen von Straßenbäumen sind noch für das Jahr 2006 vorgesehen ?

Dabei sind von besonderem Interesse:

- besonders alter Baumbestand und
- wo eine große Anzahl von stadtbildprägenden Bäumen zur Fällung vorgesehen ist ?

3. Wie sehen die Planungen für 2007 unter den unter Punkt 1. genannten Aspekten aus ?

Wir bitten um schriftliche Beantwortung der Anfragen.

Die Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

7.7. Schriftliche Anfrage (F0091/06) der Stadträtin Meinecke, Fraktion Die Linkspartei.PDS

Figurentheaterzentrum

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

am 12. Januar diesen Jahres hat der Stadtrat mit der DS0550/05 folgendes beschlossen:

1. Die Verwaltung wird beauftragt,

a) die Einrichtung eines Mitteldeutschen Figurentheaterzentrums (Arbeitstitel) vorzubereiten,

b) ein entsprechendes Finanzierungskonzept für die Investitionsmaßnahmen unter Einbeziehung der entsprechenden Fördermöglichkeiten und einen Vorschlag zur räumlichen Unterbringung zu erarbeiten.

2. Aus der Realisierung erfolgt keine zusätzliche finanzielle Belastung des Haushalts.

Nun ist mir bekannt geworden, dass die Stadt Leipzig als Stadt ohne Figurentheatertradition beabsichtigen soll, ein Figurentheaterzentrum einzurichten.

Meine Frage:

Wie ist der Stand der Umsetzung des o. g. Beschlusses?

Ich bitte um kurze mündliche und schriftliche Beantwortung.

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper:

Der Oberbürgermeister erklärt in aller Deutlichkeit, dass er bereits in der Sitzung des Finanzausschusses im Januar informierte, dass keine städtischen Mittel zur Verfügung stehen. Eine Lösung für das Problem sieht er nicht, vor allem da die Fördermittelgeber sagen, dass städtische Mittel zur Finanzierung vorhanden sein müssen. Da aber keine städtischen Mittel eingestellt sind, wird eine Finanzierung nur aus Fördermitteln kaum realisierbar sein. Da es zurzeit keinen Dritten gibt, der die Kosten übernimmt, steht für ihn das Konzept nicht. Des Weiteren ist nicht begründbar, warum ein Puppentheater gebaut werden kann aber keine Schulen. Der Oberbürgermeister kann hier keine Begründung für eine Unabweisbarkeit erkennen. Unter diesen Aspekt ist es für ihn nicht darstellbar zu sagen, dass für das Vorhaben städtische Mittel eingestellt werden sollen.

Auf Nachfrage des Vorsitzenden des Stadtrates Herrn Ansorge wird die ausreichende mündliche Beantwortung der Anfrage durch die Anfragestellerin bestätigt.

7.8. Schriftliche Anfrage (F0093/06) des Stadtrates Salzborn, CDU-Fraktion

Problematik Trink- und Abwasserversorgung An der Lake und Berliner Chaussee

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Trümper,

im Bereich der Grundstücke An der Lake 2, 2a, 2b und Berliner Chaussee 196 bestehen seit Jahren katastrophale Zustände bei der Ver- und Entsorgung mit Trink- und Abwasser.

Darum frage ich Sie, Herr Oberbürgermeister:

1. Wann wird eine ordentliche Wasserversorgung in diesem Bereich hergestellt?
2. Wann wird eine der Gesetzeslage entsprechende Abwasserentsorgung sichergestellt?
3. Seit September 2005 wird auf einem der o.g. Grundstücke ein alter Gastank und auf einem anderen Grundstück seit April 2006 zwei gebrauchte und miteinander verbundene Waschmitteltanks aus Plaste zur Abwasser- und Fäkaliensammlung benutzt.
Ist das zulässig?
4. Die Brücke über die Lake wird von schweren Entsorgungsfahrzeugen befahren, um weniger Schlauch ausrollen zu müssen. Durch diese Belastung ist die Brücke schon schief.
Wie hoch ist die maximale Traglast der Brücke und ist nach der Schiefelage auch noch mit dem Einsturz zu rechnen?

Neben einer kurzen mündlichen Beantwortung der Anfrage, bitte ich um eine schriftliche Stellungnahme.

Die Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

7.9. Schriftliche Anfrage (F0089/06) der Stadträtin Paquè, FDP-Fraktion

Information über zusätzlichen Lärm

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

in der Information 0045/06 „Konzept zum Umgang mit Open-Air-Veranstaltungen“ weist die Verwaltung darauf hin, dass durch die zunehmende Anzahl der Open-Air-Veranstaltungen in der Landeshauptstadt unterschiedliche Interessenlagen miteinander kollidieren: Verbesserung der Attraktivität der Landeshauptstadt und Interessen der betroffenen Anwohner auf relativ ungestörte Nachtruhe.

Erfahrungsgemäß akzeptieren betroffene Anwohner zusätzliche Lärmbelästigungen eher, wenn sie vorher davon Kenntnis erhalten. Ein positives Beispiel gibt das Puppentheater, das die Anwohner in der Warschauer Straße über die Termine des Hofspektakels vorab per Brief informiert und sie zur Generalprobe einlädt.

Ich frage und bitte um eine mündliche und ggf. ergänzende schriftliche Antwort:

1. Welche Möglichkeiten sieht die Landeshauptstadt, die betroffenen Bürger zeitnah über die sie tangierenden Teile des Veranstaltungsplanes zu informieren?
2. Können möglicherweise die GWAs als Multiplikatoren einbezogen werden?

Die Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

7.10. Schriftliche Anfrage (F0090/06) der Stadträtin Paquè, FDP-Fraktion

Entsorgung von Elektro-Altgeräten

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

seit Ende März 2006 gilt das neue Elektro-Gesetz, nach dem der private Endverbraucher seine alten Elektrogeräte kostenfrei an Sammelstellen des öffentlich-rechtlichen Entsorgungssystems (ÖRE) zurückgeben muss. Den Transport zu dieser ÖRE muss er selbst organisieren und bezahlen.

Ich bitte um die schriftliche Beantwortung meiner Fragen:

1. Wie wurden die Bürger der Landeshauptstadt über das neue System informiert?
2. Wie ist in der Landeshauptstadt die Entsorgung von Elektroschrott geregelt?
3. Welche Kosten hat die Umstellung bisher verursacht?
4. Können schon Aussagen über die in der Vergangenheit angefallenen/seit der Umstellung angelieferten Mengen gemacht werden?

5. Können schon Aussagen darüber getroffen werden, ob der Endverbraucher die neue Regelung annimmt?

Die Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

7.11. Schriftliche Anfrage (F0097/06) des Stadtrates Müller, Fraktion Die Linkspartei.PDS

Aufhebung der Benennung der Carl-Miele-Straße

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

vor nunmehr fast vier Monaten wurde hier im Stadtrat mit der Drucksache DS0510/05 einstimmig beschlossen, im Gewerbegebiet Werner-von-Siemens-Ring die Benennung der 50m langen Stichstraße vom *Werner-von-Siemens-Ring* in Richtung *Graubestraße* als ***Carl-Miele-Straße*** aufzuheben.

Wer es möchte, kann heute noch immer diese Straße unter o.g. Namen aufsuchen und dabei das blau-weiße Straßenbenennungsschild mit der Aufschrift *Carl-Miele-Straße* bewundern.

Ich frage Sie daher, Herr Oberbürgermeister:

Handelt es sich hierbei etwa um pure Ignoranz eines Stadtratsbeschlusses, allerdings mit neuer Qualität, weil nunmehr bereits zustimmende Beschlüsse des Stadtrates zu Anträgen aus der eigenen Verwaltung ignoriert werden? Oder wurde die Umsetzung des Stadtratsbeschlusses schlichtweg vergessen; dann betrachten Sie diese Anfrage bitte als freundliche Erinnerung.

Ich bitte um kurze mündliche Stellungnahme.

Antwort des Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herrn Kaleschky:

Herr Kaleschky informiert Herrn Stadtrat Müller darüber, dass das Straßenbenennungsschild mit der Aufschrift Carl-Miele-Straße bereits entfernt wurde.

7.12. Schriftliche Anfrage (F0086/06) des Stadtrates Klein, FDP-Fraktion

Auswirkungen des Frühjahrshochwassers 2006

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

in Ihrer Information an den Stadtrat am 6. April 2006 haben Sie bemerkt, dass Sie zu verschiedenen Aspekten, die zu berücksichtigen ich in meinem Eilantrag A0069/06 gebeten

hatte, erst Stellung nehmen können, wenn das Hochwasser vorüber ist. Seit Mitte April ist dies nun der Fall und daher bitte ich um die mündliche Beantwortung meiner nachstehenden Fragen und eine schriftliche Ergänzung.

1. Welche erkennbaren Auswirkungen hatte das Frühjahrshochwasser auf Privathaushalte?
2. Welche Auswirkungen hatte es auf Unternehmen in Magdeburg, insbesondere die Eigenbetriebe und kommunalen Unternehmen? Gibt es bereits haushaltsrelevante Mehrkosten? Ich bitte hierbei besonders um eine Information über die Situation im Hansehafen.
3. Welche Schäden sind im Bereich des Umflutkanals – beginnend am Pretziner Wehr - entstanden? Welche materiellen Auswirkungen haben sie?
4. Welche wirtschaftlichen Auswirkungen zeichnen sich auf die stadtnahe Landwirtschaft sowie auf Kleingartenanlagen und weitere städtische Areale (Grün- und Freizeitflächen, etc.) ab?
5. Wie wird die Arbeit des Stabes für außergewöhnliche Ereignisse eingeschätzt? Wie kann im Vergleich zur Hochwassersituation von 2002 das Management in Bezug auf den Deichschutz, die Kommunikationswege innerhalb der betroffenen Verwaltungen und die Bürgerinformation eingeschätzt werden? Wie ist die Zusammenarbeit mit den überörtlichen Institutionen zu bewerten?

Die Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

7.13. Schriftliche Anfrage (F0085/06) des Stadtrates Klein, FDP-Fraktion

Bedeutung der holzwirtschaftlichen Betriebe für die Landeshauptstadt Magdeburg

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Ich bitte um eine schriftliche Beantwortung nachstehender Fragen:

1. Welche gesamtwirtschaftliche Rolle misst der Oberbürgermeister dem Cluster Holzwirtschaft insgesamt und der Produktionskette Forstwirtschaft-Holz-Papier im Besonderen aus der Sicht der Landeshauptstadt bei?
2. Wie viele Beschäftigte gibt es nach Kenntnis der Stadtverwaltung in diesen Sektoren, unterteilt in die Schwerpunktbereiche
 - Forstwirtschaft
 - Holzwerkstoffindustrie
 - Holzgewerbe (wie z.B. Tischler, Zimmerleute, Möbelerzeugung etc.)
 - Papier- und Verpackungsindustrie
 in der Landeshauptstadt Magdeburg.

3. Welche Möglichkeiten sieht der Oberbürgermeister für eine intensivere, insbesondere immaterielle Förderung dieser für die gesamte Region wichtigen Branche?
4. Welche Möglichkeiten sieht der Oberbürgermeister für eine gezielte Förderung des Rohstoffes Holz
 - a) im Bereich des modernen Bauens sowie
 - b) als Rohstoff zur intelligenten Energieerzeugung im allgemeinen sowie im Bereich der öffentlichen Verwaltung und der kommunalen Unternehmen ?
 Sind dem Oberbürgermeister Konflikte zwischen den oben genannten Produktionsfeldern bekannt?
5. Sieht der Oberbürgermeister die Möglichkeit der Durchführung eines Branchengesprächs unter Beteiligung interessierter Unternehmen, des Wirtschaftsdezernates und der Verbände mit dem Ziel, die Rahmenbedingungen für diese Branche weiter zu verbessern?

Die Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

7.14. Schriftliche Anfrage (F0092/06) des Stadtrates S.Meinecke, Fraktion Die Linkspartei.PDS

Stadtordnungsdienst

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

in der letzten Woche erfolgten durch den Stadtordnungsdienst in der Salvador-Allende-Straße gezielte Kontrollen der Einhaltung des Eingeschränkten Haltverbotes (Zeichen 286), welches im Bereich des Neustädter Sees zeitlich für drei Wochentage (Dienstag, Mittwoch, Freitag) auf 09.00-12.00 Uhr beschränkt ist.

Grund dafür dürfte die an diesen Tagen beabsichtigte Müllabfuhr sein.

Im Ergebnis dieser gezielten Kontrollen, die Anfahrt der eingesetzten Mitarbeiterin erfolgte zur o.a. Zeit mit einem Kfz des Ordnungsamtes, wurden bei festgestellten Verstößen entsprechende OWiG-Verfahren eingeleitet.

Ist gegen die formale Rechtswidrigkeit dieser Maßnahmen leider nichts einzuwenden, ergeben sich jedoch in Kenntnis der Möglichkeit des vorhandenen Ermessensspielraums, über den die Verwaltung verfügt, für mich folgende Fragen:

1. Welchen Anlass gab es, plötzlich von der über viele Jahre praktizierten Duldung dieser „Verstöße“ gegen das Eingeschränkte Haltverbot abzugehen? (Es handelt sich immerhin um ein Wohngebiet.)
2. Wäre es in zukünftigen vergleichbaren Fällen der Stadtverwaltung möglich, in geeigneter und für die Betroffenen zugänglicher Art und Weise auf die beabsichtigte Ahndung von zuvor jahrelang geduldeten Verstößen hinzuweisen und eine entsprechende „Übergangszeit“ einzuräumen, um den Betroffenen die Möglichkeit zu geben, sich

entsprechend auf die veränderte Verwaltungspraxis umzustellen? Wenn ja, ist die Stadtverwaltung auch bereit dazu?

Immerhin bedeutet die derzeitig praktizierte Verfahrensweise, dass Kfz für die betreffende Zeit umgesetzt werden müssen, so man nicht auf Grund der abends/nachts vorgefundenen Parksituation seinen PKW andernorts abstellen konnte (Dies erscheint mir jedoch aus ökologischen Gesichtspunkten heraus und in Anbetracht der derzeitigen Diskussion über globale Erwärmung und Feinstaub zumindest fragwürdig, wenn nicht unsinnig.)

Ich bitte um kurze mündliche und schriftliche Beantwortung.

Die Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

7.15. Schriftliche Anfrage (F0095/06) des Stadtrates Heendorf, CDU-Fraktion

Finanzierung des kulturellen Lebens Magdeburgs

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Trümper,

durch die Stadtverwaltung wird auf vielfältige Art und Weise das kulturelle Leben in Magdeburg unterstützt. Dabei werden in nicht unerheblichem Maße auch finanzielle Mittel eingesetzt. Diese Finanzierung erfolgt zum einen auf direktem Weg, z. B. in Form der Zuschüsse für kommunale und freie Kultureinrichtungen oder indirekt, z. B. durch die Förderung von Bauprojekten mit kultureller Nutzung aus dem Programm Stadtumbau Ost - Aufwertung.

Daher stelle ich Ihnen folgende Fragen:

1. Im welchem Umfang werden aus dem Stadthaushalt - inkl. Fördergelder von Dritten, die durch die Stadt verwaltet werden – direkt oder indirekt kulturelle Zwecke finanziert?
2. Welchen Umfang haben die unter Punkt 1 ermittelten Aufwendungen im Vergleich zum Gesamthaushalt?
3. Wie viele Veranstaltungsorte für Kulturereignisse werden durch die Landeshauptstadt direkt oder indirekt finanziert?

Neben einer kurzen mündlichen Beantwortung der Anfrage, bitte ich um eine schriftliche Stellungnahme.

Die Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

7.16. Schriftliche Anfrage (F0088/06) des Stadtrates Balzer, SPD-Fraktion

Open-Air-Veranstaltungen

Anfrage an den Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Magdeburg zur schriftlichen Beantwortung.

In den letzten Wochen hat es im Stadtrat, aber auch in der Öffentlichkeit Diskussionen um das Veranstaltungsregime der Stadtverwaltung mit „Open-Air- Veranstaltungen“ in der Stadt Magdeburg gegeben.

Einerseits ist es von Interesse Veranstaltungen aller Art in der Stadt auszurichten, andererseits ist auch das Ruhebedürfnis der Bürger zu berücksichtigen. Laut Volksstimme soll/ist Magdeburg „das Mekka“ von Open-Air-Veranstaltungen werden/ geworden. Als Beispiel der umstrittenen Open-Air-Veranstaltungen des Jahres 2005 gilt u.a. die Chocolate-Beats-Party. Empörte Bürger haben sich beschwert, das sich der Veranstalter der o. g. Veranstaltung in einem Volksstimme Artikel in den letzten Tagen geäußert hat es hätten sich nur wenige/keine Bürger beschwert und es hätte keine Probleme gegeben.

Dazu stelle ich folgende Fragen an die Stadt zur schriftlichen Beantwortung mit der Bitte um ausführliche Begründung.

1. Ist es richtig, dass die Chocolate-Beats-Party am 25/26.6 2005 von 23:00 Uhr bis 05:00 Uhr genehmigt wurde?

1a. Wann und mit welcher Begründung hat welcher Veranstalter diese Veranstaltung beantragt? Ist es richtig, dass der Veranstalter bei der Beantragung beim Ordnungsamt die Veranstaltung mit ca. 500 Personen angemeldet hat, jedoch gleichzeitig im Internetauftritt der Stadt Magdeburg (www.magdeburg.de; Veranstaltungskalender) mit der Teilnahme von 4-5000 Personen geworben wurde?

1b. Auf welcher Rechtsgrundlage wurde diese Veranstaltung von 23:00 Uhr bis 5:00 Uhr morgens genehmigt? Wie ist die 8-stündige Nachruheverpflichtung beachtet worden?

1c. Ist es richtig, dass die Auflagen insbesondere zur Lautstärke nicht eingehalten worden sind (Laut mehrer Aussagen des Diensthabenden des Ordnungsamt und vom Schallschutzgutachter war die Musik so laut, dass u. a. an den Gebäuden der Büchnerstraße deutliche Echos zu hören waren, was nach Fachaussagen ein eindeutiges Zeichen ist, dass die zulässigen Werte weit überschritten wurden)? Ist es richtig, dass der beauftragte Schallschutzgutachter nach mehreren Versuchen die Lautstärke einzuregeln aufgegeben hat, da er von Mitarbeitern des Veranstalters und Teilnehmern bei seinen Versuchen die städtischen Auflagen einzuhalten angepöbelt worden ist, so dass er um sein persönliches Wohl fürchten musste? Wie ist von Seiten des Ordnungsamtes versucht worden den Schallschutzgutachter in seiner Tätigkeit zu unterstützen bzw. zu schützen?

1d. Ist es richtig, dass obwohl dem Ordnungsamt bekannt war, dass die Auflagen nicht eingehalten worden waren und trotz Beschwerden aus der Bevölkerung, das Ordnungsamt nicht gegen den Veranstalter eingeschritten ist, um die Lautstärke zu begrenzen oder die Veranstaltung

notfalls aufzulösen? Wenn ja bitte ausführlich darstellen warum nicht. Liegt hier nicht eine Amtspflichtverletzung vor? Wenn Nein, bitte begründen. Wie schützt die Stadt ihre Mitarbeiter im Vorfeld derartiger Veranstaltungen mittels durchsetzbarer Auflagen, damit die Mitarbeiter nicht in gleich gelagerte Situationen wie oben beschrieben kommen?

1e. Ist es richtig, dass trotz zahlreicher Proteste von Bürgern auch die Polizei sich nicht in der Lage sah die Lautstärke zu reduzieren oder die Veranstaltung zu beenden? Wenn Ja, bitte begründen warum nicht. Ist die Polizei von den Verantwortlichen des Ordnungsamtes um Amtshilfe ersucht worden? Wenn Nein, bitte begründen warum nicht, wenn Ja, warum ist dann die Lautstärke nicht reduziert oder die Veranstaltung beendet worden?

1f. Wie wurde die Interessenabwägung zwischen dem Ruhebedürfnis der Bevölkerung der angrenzenden Stadtteile (insbesondere vor dem Hintergrund der Uhrzeit (23:00 Uhr bis 05:00 Uhr) und der 8-stündigen Nachtruheverpflichtung) und den Interessen des Veranstalters und der Besucher der Veranstaltung vorgenommen? Bitte detailliert ausführen. Wenn Nein, wieso wurde keine Interessensabwägung durchgeführt?

1g. Wie wurde die Interessensabwägung mit dem Tier- und Naturschutz durchgeführt.

1h. Ist es richtig, dass genau diesem Veranstalter eine gleichartige/ähnliche Veranstaltung für dieses Jahr von 23:00 Uhr diesmal sogar bis 06:00 Uhr schon genehmigt wurde? Wenn ja, bitte ausführlich begründen warum. Was veranlasst die Verwaltung davon auszugehen, dass der Veranstalter in diesem Jahr die Auflagen umfassend einhält?

2. Es ist bekannt, dass im Stadtgebiet wieder zahlreiche Open-Air-Veranstaltungen durchgeführt werden sollen.

2a. Wie viele solcher Veranstaltungen werden in diesem Jahr durchgeführt und wie viele waren es in den Jahren 2004 und 2005? Bitte die Veranstaltungen 2006 mit Namen der Veranstaltung nach Veranstaltungsort und Einwirkungsgebiet auflisten mit der Sortierung „ bis 23:00, bis 24:00, bis 02:00 Uhr, und darüber hinaus mit der jeweiligen Endzeit“ sowie der für die jeweiligen Veranstaltungen beauftragten Geräuschemmissionswerte an welcher Bebauung (Einwirkort). Welche davon sind so genannte „seltene Störereignisse“ mit deutlich höheren Lautstärkepegeln?

2b. Wird es nach Kenntnis der Verwaltung zwischen Mai und September überhaupt ein Wochenende je Veranstaltungsort und Einwirkungsgebiet geben an denen keine „Open-Air-Veranstaltung“ und damit unabhängig von der Uhrzeit und Lautstärke keine Veranstaltungsgeräuschemission geben wird?

2c. Wie erfolgt die Interessensabwägung zwischen dem Ruhebedürfnis der Bewohner der angrenzenden Siedlungsgebiete und den Interessen der Veranstalter und Besucher? Bitte ausführlich begründen.

2d. Wie Frage 2c nur in Hinblick auf Natur- und Tierschutz, welche Maßnahmen werden ergriffen insbesondere die Tiere im und um den Stadtpark bei solchen Veranstaltungen zu schützen? Bitte ebenso ausführlich darstellen.

2e. Werden in vergleichbaren Städten Deutschlands ähnlich viele Veranstaltungen (insbesondere „ seltene Störereignisse“ und Veranstaltungen nach 24:00 Uhr) innerhalb oder am Rande von

Wohngebieten genehmigt? Wenn ja, sind die Regelungen ähnlich zu denen in Magdeburg oder gibt es schärfere Auflagen? Wenn Nein, was veranlasst die Stadt Magdeburg sehr viel großzügiger zu sein, insbesondere in der Umgebung von Wohngebieten?

2f. Ist es nötig um eine „weltoffene Stadt zu sein“ Veranstaltungen über 24:00 Uhr hinaus im Bereich von Wohngebieten zu genehmigen? Welche Maßnahmen trifft die Verwaltung um die gesetzlich vorgeschriebene Nachtruhe von 8 Stunden für die Bürger zu gewährleisten? Wertet die Stadt „seltene Störereignisse“ die über 2 Kalendertage (z.B. von 23:00 Uhr bis 06:00 Uhr am folgenden Tag) gehen, als eine oder zwei Veranstaltungen im Sinne der einschlägigen Vorschriften? Gibt es Hinderungsgründe alle Veranstaltungen die über 24:00 Uhr (insbesondere „seltene Störereignisse“) hinausgehen aus der Innenstadt in Außenbereiche zu verlagern? Wenn Nein, warum werden solche, der Wohnbebauung entfernte Veranstaltungsorte, in der Regel nicht vorgeschrieben, wenn Ja, bitte die Hinderungsgründe ausführlich darstellen.

2g. Sind Genehmigungen von Veranstaltungen von 23:00 bis 06:00 morgens bzw. nach 24:00 Uhr im Umfeld von Wohnbebauungen nicht schon allein aufgrund der Länge und Uhrzeit im „Tagesverlauf“ ermessensfehlerhaft (ins besondere in Hinblick auf die 8-stündige Nachtruhe)? Wenn Nein, bitte ausführlich begründen, wenn Ja bitte begründen warum die Stadt diese dann überhaupt genehmigt.

2h. Ist es richtig, dass aufgrund von Bürgerprotesten am Barleber See von dort Veranstaltungen in die Innenstadt (Elbauenpark, Stadtpark, Hammerstein weg, etc.) verlagert wurden? Wenn Ja, bitte um konkrete Darlegung des Ermessenabwägungsprozesses.

3. Laut Stadtverwaltung werden „Einwirkungsgebiete“ eingeführt.

3a. Wie sind die Einwirkungsgebiete definiert (bitte Umring als Straßennamen oder besser mit einer Kartendarstellung definieren) und gibt es Überlappungen mit weiteren Einwirkungsgebieten (z.B. Veranstaltungsorte Jägerhütte, Le Frog, Stadtpark, Hammersteinweg, Domplatz, Schleinufer, Elbauenpark, etc.)? Wurden feste Messpunkte definiert und wie wird auf unterschiedliche Windverhältnisse reagiert?

3b. Wie legt die Stadtverwaltung bei Überlappungen der Einwirkungsgebiete gemäß den in der I0045/06 geltenden Mindestanforderungen die Veranstaltungen (Zahl, Lautstärke) und insbesondere die „seltenen Störereignisse“ fest? Bitte ausführlich darstellen.

3c. Es wird berichtet, dass der Beigeordnete für Kommunales bei der Definition der Bebauung in den Einwirkungsgebieten grundsätzlich von Mischgebieten ausgeht und nicht von den vorhandenen Ausweisungen in den Bebauungsplänen der Stadt bzw. den Definitionen aus dem Baugesetzbuch. Ist es richtig, dass es unterschiedliche Auslegungen bezüglich der Bebauungsausweisung in den Einwirkungsgebieten gibt? Wenn ja, bitte ausführlich begründen warum und auf welcher Rechtsgrundlage so entschieden wurde. Welche Auswirkungen hat dies auf die Genehmigung der maximalen Lautstärkepegel insbesondere bei „seltenen Störereignissen“?

4. Laut der I0045/06 werden Strafgeelder bis zu 2000 Euro bei Verstoß gegen die erteilten Auflagen angedroht und sollen auch konsequent eingetrieben werden.

4a. Hält die Stadt „Bußgelder“ bei Verstößen von 2000 Euro für ausreichend um Veranstalter von Verstößen abzuschrecken (bei Veranstaltungen mit 4-5000 Personen ist dies pro Besucher

maximal ein Betrag von 0,40 Euro!)? Wenn ja bitte ausführlich begründen. Warum werden nicht kommerzielle/ nichtgewerbliche und/oder gemeinnützige Veranstalter anders behandelt? Bitte auch angeben wer per Definition nicht-kommerzielle/nicht-gewerbliche und/oder gemeinnützige Veranstalter sind; insbesondere dann wenn diese ihre Veranstaltungen durch Eintrittsgelder und/oder Fördermittel/Spenden/Sponsoren finanzieren.

4b. Beabsichtigt die Stadt zukünftig zusätzliche Maßnahmen ergreifen, wenn bekannt ist, dass sich Veranstalter nicht an die Auflagen halten (vgl. Chocolate-Beats-Party 2005)? Wenn Nein, warum nicht, wenn Ja in welcher Form.

5. Laut I0045/06 wird von der Verwaltung vorgeschrieben, dass die Musikanlagen bei kommerziellen Veranstaltern vorab durch einen Schallschutzgutachter eingemessen und verplombt werden sollen.

5a. Welche Maßnahmen wird das Ordnungsamt ergreifen falls eine reguläre Einmessung und Verplombung im Vorfeld nicht möglich ist? Bitte ausführlich darstellen. Wird dann die Durchführung der Veranstaltung untersagt?

5b. Welche Maßnahmen beabsichtigt die Stadt zu ergreifen, wenn sich während der Veranstaltung herausstellt, dass die Verplombung gebrochen wurde oder durch andere Maßnahmen die Lautstärkebegrenzungen überschritten werden? Bitte ausführlich darstellen.

5c. Auf welcher Rechtsgrundlage und/oder welcher Entscheidung werden „nicht-kommerzielle/nicht-gewerbliche und/oder gemeinnützige Veranstalter insbesondere unter dem Gesichtspunkt erhobener Einnahmen etc. (vgl. 4a letzter Satz) von diesen schallschutzgutachterlichen Auflagen befreit?

5d. Bei „nicht-kommerziellen/gewerblichen und/oder gemeinnützigen Veranstaltern will laut I0045/06 die Stadt die Einmessungen selber vornehmen. Sind Mitarbeiter (und wie viele) der Verwaltung messtechnisch so geschult und technisch ausgestattet, dass sie diese Aufgaben in gleicher Qualität wie ein Schallschutzgutachter/zugelassene Messstelle ausüben können? Wenn Ja, bitte ausführlich darstellen, wenn Nein, wer soll dann im Auftrag der Verwaltung und auf wessen Kosten die Begleitung der Veranstaltungen übernehmen?

Ist es richtig, dass die Verwaltung nur im Besitz eines einfachen Schallmessgerätes ist, mit dem man die Auflagen gem. der I0045/06, der TA-Lärm und Freizeitlärmrichtlinie, insbesondere der tieffrequenten Töne gar nicht messen kann? Wenn Ja, wie will die Verwaltung die gesetzlichen Mindestregelungen bzw. die Auflagen gem. der I0045/06 überhaupt messen und durchsetzen, wenn Nein, wann sind entsprechende Geräte erworben worden (bitte Anzahl und Gerätebezeichnung angeben) und wie sind die Anwender (wie viele) geschult worden? Wie wird sichergestellt, dass die Schallschutzgutachter oder die Mitarbeiter der Stadt während und nicht nur bei Beginn der Veranstaltungen Stichprobenartig (Zeit und Ort) Messungen durchführen?

5e. Wo werden die Messprotokolle aufgehoben und wie werden diese ausgewertet? Wer kann die Messprotokolle und –auswertungen einsehen?

6. Allgemein wird berichtet, dass sich nur wenige Bürger beschweren, allerdings hört man im Gespräch mit den Bürgern, dass sich sehr viele mehr von dem Veranstaltungslärm belästigt fühlen, man hört auch, dass Bürger die versuchen sich

zu beschweren, i. d. R. bei der Polizei mit „ Sie seien die Ersten die anrufen“ oder nur mit „ die Veranstaltung ist genehmigt“ abgespeist werden.

6a. Ist bisher eine Statistik bei der Verwaltung und ggf. bei der Polizei über Beschwerden aus der Bevölkerung geführt worden? Wenn Ja, bitte die Anzahl angeben, wenn Nein, bitte begründen warum nicht. Wie werden solche Beschwerden verwaltungsrechtlich gewertet und behandelt?

6b. An wen kann sich der Bürger bei akuten Beschwerden über Veranstaltungen insbesondere nachts wenden? Wie werden Beschwerden dann weiter bearbeitet?

7. Im Stadtgebiet sich etliche wichtige Sportvereine. Es ist natürlich, dass dort Vereinsleben stattfindet aber auch private Feiern der Mitglieder. Dadurch kommt es nahezu an jedem Wochenende zu Veranstaltungen die ebenfalls teilweise bis weit über Mitternacht hinausgehen und deren Lärmpegel ebenfalls erheblich höher sind als üblicherweise zugemutet wird.

7a. Werden diese Veranstaltungen angemeldet? Wenn Ja, auf welcher Rechtsgrundlage und mit welchen Auflagen werden die Genehmigungen erteilt und wie werden diese überprüft?

7b. Wenn Nein, wie wird von Seiten der Stadt oder anderer Vollzugsorgane die Verstöße gegen die nächtliche Ruhestörungen unterbunden?

8. Zudem finden an den Ufern der Strom- wie an der „Alten Elbe“ und in den städtischen Parks unorganisierte (wilde) „Partys“ statt, die zum Teil immer wieder mit erheblichem Lärm, randalierenden und alkoholisierten Personen spät in der Nacht enden.

8a. Mit welchen Maßnahmen begegnet die Stadt oder andere Vollzugsorgane diesen Auswüchsen, die nicht nur zur Lärmbelästigung der Bevölkerung, sondern auch zu Vandalismus und Verunreinigung der Strände und der Umgebung führen? Bitte ausführlich darstellen.

9. Hat bei der Erstellung der Info I0045/2006 die untere oder obere Immissionsschutzbehörde mitgewirkt? Wenn JA wie wurden die Hinweise und zum Vollzug der Veranstaltungen berücksichtigt? Wenn Nein, warum wurde die untere oder obere Immissionsschutzbehörde bei der Erstellung der I0045/06 nicht beteiligt. Bitte ausführlich begründen.

Unter Berücksichtigung der abgelaufenen Anmeldefrist für die kommerziellen Freiluftveranstaltungen am 30.04.06 und der dem Stadtrat aus der I0045/06 übergebenen Informationen ist die kurzfristige Beantwortung der v. g. Fragen wichtig, um die Praktikabilität der Vorgehensweise der Stadtverwaltung zu überprüfen und um Ermessensfehler im „Einzelfall“ auszuschließen.

Der Stadtrat soll umgehend über die Beantwortung der Fragen durch Stellungnahme des OB an alle Fraktionen in Kenntnis gesetzt werden.

Die Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

7.17. Schriftliche Anfrage (F0096/06) des Stadtrates Heendorf, CDU-Fraktion

Zusammenarbeit zwischen Landeshauptstadt und Polizeibehörden

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Trümper,

in Magdeburg steht die Saison für Großveranstaltung unter freiem Himmel unmittelbar bevor. Was die Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung angeht, steht zum einen natürlich der Veranstalter aber auf der anderen Seite auch die staatlichen Stellen in der Verantwortung, insbesondere die Polizeibehörden und von Seiten der Landeshauptstadt der Stadtordnungsdienst. Bedauerlicherweise kam es in der Vergangenheit zu Abstimmungsschwierigkeiten zwischen diesen beiden Behörden, besonders was die „Betreuung“ von Veranstaltungen in den Abendstunden anging.

Daher stelle ich folgende Fragen:

1. Wie ist die Zusammenarbeit zwischen der Landeshauptstadt und den zuständigen Polizeibehörden geregelt?
2. Wie erfolgt die „Betreuung“ von Großveranstaltung in den Abend- und Nachtstunden durch die Polizei bzw. den Stadtordnungsdienst? Welche Richtlinien und Vereinbarungen existieren für solche Ereignisse?

Neben einer kurzen mündlichen Beantwortung der Anfrage, bitte ich um eine schriftliche Stellungnahme.

Die Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

8. Beschlussfassung durch den Stadtrat - Anträge

8.1.	Haushaltsplan 2006 - Haushaltssatzung 2006 - Finanzplan bis 2009 - Stellenplan 2006 Fraktion Bündnis 90/Die Grünen WV v. 15.12.05	DS0464/05/8
------	--	-------------

Der 2. stellv. Vorsitzende des Stadtrates Herr Dr. Hildebrand übernimmt die Sitzungsleitung.

Der Ausschuss FG und der Betriebsausschuss SFM empfehlen die Beschlussfassung.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Westphal bestätigt die Beschlussempfehlungen der Ausschüsse und macht darauf aufmerksam, dass diese Empfehlungen im Sinne des 3. Satzes der Stellungnahme der Verwaltung S0007/06 abgegeben wurden. Dieser Empfehlung schließt sich seine Fraktion als Einbringer des Antrages an.

Stadtrat Westphal zitiert die textliche Fassung, in der der vorliegende Antrag zu beschließen ist:

Fällanträge werden weiterhin durch das Umweltamt bearbeitet. Sollte der Antragsteller keine ausreichenden Flächen für die Nachpflanzungen zur Verfügung haben, sind in Abstimmung mit dem Umweltamt und EB SFM geeignete Baumstandorte im Stadtgebiet und Baumarten auszuwählen. Die Kosten für die Nachpflanzung obliegen dem Antragsteller.

Diese textliche Fassung ersetzt den ursprünglichen Antragstext.

Der Stadtrat beschließt unter Beachtung der redaktionellen Änderung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bei 1 Enthaltung einstimmig:

Beschluss-Nr. 1000-33(IV)06

Fällanträge werden weiterhin durch das Umweltamt bearbeitet. Sollte der Antragsteller keine ausreichenden Flächen für die Nachpflanzungen zur Verfügung haben, sind in Abstimmung mit dem Umweltamt und EB SFM geeignete Baumstandorte im Stadtgebiet und Baumarten auszuwählen. Die Kosten für die Nachpflanzung obliegen dem Antragsteller.

8.2.	Die Arbeit der ARGE effektivieren	A0177/05
	Fraktion Die Linkspartei.PDS WV v. 29.09.05	

Zur Beratung liegen vor:

Änderungsantrag A0177/05/1 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
 Änderungsantrag A0177/05/2 des Ausschusses GeSo
 Änderungsantrag A0177/05/3 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
 Änderungsantrag A0177/05/4 der CDU-Fraktion

Der Ausschuss GeSo empfiehlt die Beschlussfassung unter Beachtung des Änderungsantrages A0177/05/2.

Der Ausschuss RWB lehnt eine Beschlussfassung ab.

Der Ausschuss FG hat den Antrag A0177/05 zur Kenntnis genommen.

Der Vorsitzende der Fraktion Die Linkspartei.PDS Stadtrat Brüning gibt umfassende Erläuterungen zum vorliegenden Antrag A0177/05 und geht auf die vorliegenden Änderungsanträge ein.

Stadtrat Heendorf, CDU-Fraktion, verweist auf den vorliegenden Prüfbericht des Rechnungsprüfungsamtes und bringt den GO-Antrag – Vertagung des Antrages und Behandlung im Ausschuss RPB unter Einbeziehung des Prüfberichtes – ein.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Westphal sieht keinen zwingenden Zusammenhang zwischen dem Anliegen des Antrages und den Ergebnissen des Prüfberichtes.

Gemäß GO-Antrag des Stadtrates Heendorf, CDU-Fraktion, beschließt der Stadtrat mit 20 Ja-Stimmen, 18 Nein-Stimmen bei 10 Enthaltungen:

Der Antrag A0177/05 wird vertagt.

WV SR-Sitzung 06. 07. 2006

8.3.	Finanzielle Unterstützung des Kampfes um den Erhalt des Schiffshebewerks Rothensee	A0042/06
	FDP-Fraktion WV v. 09.03.06	

Zur Beratung liegt der Änderungsantrag A0042/06/1 der CDU-Fraktion vor.

Der Ausschuss FG empfiehlt die Beschlussfassung.

Gemäß Änderungsantrag A0042/06/1 der CDU-Fraktion **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Beschlusstext wird um folgenden Punkt ergänzt:

Die Koordinierung der Bemühungen zum Erhalt bzw. Weiterbetrieb des Schiffshebewerkes Rothensee sowie über die Verwendung der beantragten Finanzmittel erfolgt durch den Oberbürgermeister. Dieser hat einmal monatlich über die neuesten Entwicklungen zum Thema im Stadtrat zu berichten.

Des Weiteren bemüht sich die Landeshauptstadt, beim Land und beim Bund um ideelle und finanzielle Unterstützungen zum Erhalt des Schiffshebewerkes.

Der Stadtrat beschließt bei einigen Enthaltungen einstimmig:

Beschluss-Nr. 1001-33(IV)06

Die Landeshauptstadt Magdeburg unterstützt mit einer Summe in Höhe von zunächst 20.000 € und ggf. unbaren Leistungen die Maßnahmen und Aktionen, die von ihr oder/und Dritten initiiert werden, um für den Erhalt des Schiffshebewerks Rothensee zu kämpfen.

Die Koordinierung der Bemühungen zum Erhalt bzw. Weiterbetrieb des Schiffshebewerkes Rothensee sowie über die Verwendung der beantragten Finanzmittel erfolgt durch den Oberbürgermeister. Dieser hat einmal monatlich über die neuesten Entwicklungen zum Thema im Stadtrat zu berichten.

Des Weiteren bemüht sich die Landeshauptstadt, beim Land und beim Bund um ideelle und finanzielle Unterstützungen zum Erhalt des Schiffshebewerkes.

8.4. Kostenübersicht Schiffshebewerk Rothensee

A0075/06

FDP - Fraktion

Stadtrat Klein, FDP-Fraktion, bringt umfassend den Antrag A0075/06 ein.

Der Beigeordnete für Wirtschaft, Tourismus und Regionalentwicklung Herr Dr. Puchta informiert, dass ein entsprechendes Gutachten in den nächsten Tagen als Diskussionsgrundlage in der Projektgruppe zum Erhalt des Schiffshebewerkes vorliegt. Er bezweifelt, dass konkrete Zahlen von betroffenen Unternehmen vorgelegt werden können, die auch belastbar sind und unterbreitet den Vorschlag, zunächst die Ergebnisse des erstellten Gutachtens abzuwarten.

Stadtrat Klein, FDP-Fraktion, geht nochmals klarstellend auf die Zielstellung des Antrages A0075/06 ein.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Westphal wirft die Frage auf, welche Unternehmen tatsächlich betroffen sein könnten und zweifelt ebenfalls an, dass hier belastbare Aussagen erhalten werden können. Er sieht die allgemeine Formulierung des Antrages als nicht umsetzbar an, da hierdurch kein dezidiertes Ergebnis für ihn erkennbar ist.

Stadtrat Dr. Reichel, SPD-Fraktion, spricht sich für eine Ablehnung des Antrages aus.

Der Vorsitzende der Fraktion Die Linkspartei.PDS Stadtrat Brüning hält es für sinnvoller, an einem Konzept zur touristischen Nutzung des Wasserstraßenstraßenkreuzes mit dem Schiffshebewerk zu arbeiten.

Der Stadtrat beschließt bei einigen Ja-Stimmen und vielen Nein-Stimmen mehrheitlich:

Beschluss-Nr. 1002-33(IV)06

Der Antrag A0075/06 der FDP-Fraktion

Der Stadtrat möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird gebeten, dem Stadtrat schnellstmöglich eine Übersicht über diejenigen Kosten und Mindereinnahmen vorzulegen, die sich aus einer Schließung des Schiffshebewerkes in Rothensee ergeben würden.

wird **abgelehnt**.

8.5.	Schülerbeförderungskosten für Schülerinnen und Schüler in besonderen sozialen Lagen	A0073/06
	Fraktion Die Linkspartei.PDS	

Stadträtin Dr. Hein, Fraktion Die Linkspartei.PDS, bringt den Antrag A0073/06 ein.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion, bringt den GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0073/06 in die Ausschüsse GeSo und FG – ein, der durch Stadtrat Giefers, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen um den Ausschuss BSS erweitert wird.

Gemäß erweiterten GO-Antrag des Stadtrates Stern, CDU-Fraktion, beschließt der Stadtrat bei vielen Nein-Stimmen mehrheitlich:

Der Antrag A0073/06 wird in die Ausschüsse GeSo, BSS und FG überwiesen.

WV: SR-Sitzung 06. 07. 2006

8.6. Schülerbeförderung für Gymnasiasten A0079/06

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Stadtrat Herbst, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, bringt den Antrag A0079/06 sowie den GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0079/06 in die Ausschüsse BSS und FG – ein.

Stadträtin Dr. Hein, Fraktion Die Linkspartei.PDS, unterstützt den Überweisungsantrag.

Gemäß GO-Antrag des Stadtrates Herbst, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, beschließt der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0079/06 wird in die Ausschüsse BSS und FG überwiesen.

WV: SR-Sitzung 06. 07. 2006

8.7. Wiederherrichtung der Gedenkplatte für Julius Fucik A0074/06

Fraktion Die Linkspartei.PDS

Stadträtin Frömert, Fraktion Die Linkspartei.PDS, bringt den Antrag A0074/06 ein.

Der Stadtrat beschließt bei 1 Nein-Stimme und einigen Enthaltungen mehrheitlich:

Beschluss-Nr. 1003-33(IV)06

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen,

- wie hoch die Kosten für die Herrichtung der Gedenkplatte an den tschechischen Literaten und Widerstandskämpfer gegen den Nationalsozialismus Julius Fucik auf dem Gelände der Bauverwaltung sind,
- ob diese Mittel kurzfristig bereitgestellt werden können und
- in welchem Zeitraum die Gedenkplatte in saniertem Zustand wieder angebracht werden kann.

8.8. Würdigung von Arbeitsleistungen A0077/06
 FDP - Fraktion

Stadtrat Klein, FDP-Fraktion, bringt den Antrag A0077/06 ein.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion, Stadtrat Stern bringt den GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0077/06 in den Ausschuss VW – ein.

Der Vorsitzende der Fraktion Die Linkspartei.PDS Stadtrat Brüning und Stadträtin Huhn, SPD-Fraktion, sprechen sich gegen den Überweisungsantrag und für eine Ablehnung des Antrages A0077/06 aus.

Der Stadtrat **beschließt** bei einigen Ja-Stimmen und einigen Enthaltungen mehrheitlich:

Der GO-Antrag des Stadtrates Stern, CDU-Fraktion, - Überweisung des Antrages A0077/06 in den Ausschuss VW –

wird **abgelehnt**.

Der Stadtrat beschließt bei einigen Ja-Stimmen und einigen Enthaltungen mehrheitlich:

Beschluss-Nr. 1004-33(IV)06

Der Antrag A0074/06 der FDP-Fraktion

Der Stadtrat möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird gebeten, dem Stadtrat eine Übersicht vorzulegen, aus der sich die Anzahl und immateriellen Formen der positiven Anerkennungen für Mitarbeiter der kommunalen Verwaltung und der kommunalen Betriebe für deren erbrachte Leistungen in den zurückliegenden beiden Jahren ergeben.

wird **abgelehnt**.

8.9. Vorlage von Ausschreibungstexten im Verwaltungsausschuss A0078/06
 CDU - Fraktion

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion Stadtrat Stern bringt den Antrag A0078/06 ein.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Beschluss-Nr. 1005-33(IV)06

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Ausschreibungstexte für die Besetzung von Beigeordneten sowie für Geschäftsführerpositionen bei Gesellschaften mit mehrheitlich städtischer Beteiligung vor der Veröffentlichung dem Verwaltungsausschuss zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.

8.10.	Bilanz nach Übertragung der Kitas an freie Träger	A0080/06
	Interfraktionell	

Stadträtin Paquè, FDP-Fraktion, bringt den Antrag A0078/06 umfassend ein.

Die Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit Frau Bröcker informiert, dass im Herbst diesen Jahres die Bilanz der Übertragung gezogen wird unter Einbeziehung der freien Träger, des Stadtelternrates sowie des Ausschusses Juhi, und hierbei eine Auswertung der Konzeptbewertung und der Bildungsprogramme erfolgt. Darüber hinaus wurde mit den freien Trägern eine Elternbefragung vorgenommen und nach Auswertung der vorliegenden Fragebögen wird das Ergebnis im Rahmen eines Workshops im Oktober diesen Jahres vorgestellt.

Stadtrat Schwenke, CDU-Fraktion, verweist auf die ausführliche Diskussion der Thematik im Ausschuss Juhi und darauf, dass bereits im Sinne des Antrages gehandelt wird. Er spricht sich für eine Ablehnung des Antrages aus.

Stadträtin Frömert, Fraktion Die Linkspartei.PDS, gibt als Miteinbringerin Erläuterungen zum Anliegen des Antrages.

Der Stadtrat beschließt bei vielen Ja-Stimmen und einigen Enthaltungen mehrheitlich:

Beschluss-Nr. 1006-33(IV)06

Der Antrag A0080/06 – Interfraktionell –

Der Stadtrat möge beschließen:

Das zuständige Dezernat führt nach Auswertung der Befragung des Jugendamtes im II. Halbjahr 2006 unter Beteiligung des Stadtrates einen Erfahrungsaustausch mit den freien Trägern durch,

an die die Kindertagesstätten übertragen wurden. Ziel ist es, Bilanz zu ziehen, um langfristig die Qualität der Kinderbetreuung in Magdeburg zu sichern.

wird **abgelehnt**.

8.11. Parkverbot für das unmittelbare Umfeld der Johanniskirche A0082/06
CDU - Fraktion

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion, Stadtrat Stern, bringt den Antrag A0082/06 ein.

Der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Kaleschky verweist klarstellen darauf, dass es sich hierbei um keinen öffentlichen Parkplatz handelt sondern um eine öffentliche Freifläche, die lt. Baugenehmigung nur durch die Feuerwehr und Lieferanten genutzt werden darf.

Der Stadtrat beschließt bei vielen Ja-Stimmen und einigen Enthaltungen mehrheitlich:

Beschluss-Nr. 1007-33(IV)06

Der Antrag A0082/06 der CDU-Fraktion

Der Stadtrat möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt in Zusammenarbeit mit der Messe- und Veranstaltungsgesellschaft Magdeburg GmbH die Möglichkeiten prüfen zu lassen, wie das Parken von Kraftfahrzeugen auf dem Gelände der Johanniskirche verboten werden kann. Unabhängig davon soll das kurzfristige Parken von Kraftfahrzeugen im Rahmen des Lieferverkehrs oder zum Personentransport weiterhin möglich sein.

Die Prüfungsergebnisse sind vor der Beschlussfassung im Stadtrat, spätestens in der Septembersitzung 2006, dem Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr zur Beratung vorzulegen.

wird **abgelehnt**.

- 8.12. Überprüfung des Taxistellplatzkonzeptes A0084/06
 SR Oliver Müller
 Fraktion Die Linkspartei.PDS
-

Stadtrat Müller, Fraktion Die Linkspartei.PDS, bringt den Antrag A0084/06 ein.

Der Vorsitzend der SPD-Fraktion Stadtrat Löhr bringt den GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0084/06 in den Ausschuss KRB – ein, der durch Stadtrat Canehl, SPD-Fraktion, um den Ausschuss StBV erweitert wird.

Gemäß erweitertem GO-Antrag des Stadtrates Löhr, SPD-Fraktion, beschließt der Stadtrat bei 1 Nein-Stimme und 2 Enthaltungen mehrheitlich:

Der Antrag A0084/06 wird in die Ausschüsse KRB und StBV überwiesen.

WV: SR-Sitzung 07. 09. 2006

- 8.13. Internationale Bahnhofsansagen A0072/06
 Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
-

Stadtrat Giefers, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, bringt den antrag A0072/06 ein.

Der Stadtrat beschließt bei einigen Nein-Stimmen und vielen Enthaltungen mehrheitlich:

Beschluss-Nr. 1008-33(IV)06

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, mit der Deutschen Bahn AG Verhandlungen zu führen mit dem Ziel, doppelsprachige Ansagen (in deutscher und englischer Sprache) auf dem Hauptbahnhof der Landeshauptstadt Magdeburg einzuführen.

- 8.14. Modellstadt Erneuerbare Energien A0083/06
 Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
-

Zur Beratung liegt der Änderungsantrag A0083/06/1 der FDP-Fraktion vor.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bringt den Antrag A0083/06 ein und unterbreitet allen Fraktionen das Angebot, diesen Antrag mit zu unterzeichnen und als interfraktionellen Antrag einzubringen sowie dem Änderungsantrag der FDP-Fraktion zuzustimmen.

Der Vorsitzende der SPD-Fraktion Stadtrat Löhr bringt den GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0083/06 sowie des Änderungsantrages A0083/06/1 in die Ausschüsse UwE und RWB – ein.

Gemäß GO-Antrag des Stadtrates Löhr, SPD-Fraktion, beschließt der Stadtrat mehrheitlich:

Der Antrag A0083/06 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sowie der Änderungsantrag A0083/06/1 der FDP-Fraktion werden in die Ausschüsse UwE und RWB überwiesen.

WV: SR-Sitzung 07. 09. 2006

8.15.	Gedenk-/Opferliste für das Feld der Nationen	A0081/06
	CDU - Fraktion	

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Beschluss-Nr. 1009-33(IV)06

Der Oberbürgermeister wird beauftragt die Möglichkeiten zu prüfen, auf welche Art und Weise eine Liste der auf dem Feld der Nationen (Westerhüsen) bestatteten Toten, z. B. in Form von Bronzetafeln mit Namensnennung, an diesem Ort öffentlich präsentiert werden kann.

Die Prüfungsergebnisse sind dem Stadtrat zur Beschlussfassung, spätestens zur Septembersitzung 2006, vorzulegen. Vorab sind diese im Betriebsausschuss SFM und im Verwaltungsausschuss zu beraten.

8.16. Umbau Tierheim Rothenseer Str.

A0071/06

Interfraktionell

Der Vorsitzende der Fraktion BfM/Tierschutz Stadtrat Dr. Kutschmann bringt den Antrag A0071/06 umfassend ein.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Westphal geht auf die Genese zur Problematik Tierheim ein und legt dar, dass mit dem vorliegenden Antrag der gleiche Stand erreicht ist, der zu Beginn der Diskussion zum Tierheim vorlag. Unter Bezugnahme auf die geführte Diskussion der letzten 10 Jahre und der in diesem Zeitraum beschlossenen Anträge spricht er sich für eine Ablehnung des vorliegenden Antrages aus.

Stadtrat Canehl, SPD-Fraktion, bringt den GO-Antrag

Schluss der Redeliste

ein.

Gemäß GO-Antrag des Stadtrates Canehl, SPD-Fraktion, beschließt der Stadtrat bei einigen Nein-Stimmen und einigen Enthaltungen mehrheitlich:

Schluss der Redeliste.

Der Vorsitzende der SPD-Fraktion Stadtrat Löhr gibt als Miteinbringer des Antrages erläuternde Ausführungen zum Antrag und argumentiert für eine Beschlussfassung.

Der Vorsitzende der FDP-Fraktion Stadtrat Franke begründet die ablehnende Auffassung seiner Fraktion.

Stadträtin Frömert, Fraktion Die Linkspartei.PDS, bringt den GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0071/06 in den zeitweiligen Ausschuss Tierheimneubau – ein.

Der Stadtrat beschließt mehrheitlich:

Der GO-Antrag der Stadträtin Frömert, Fraktion Die Linkspartei.PDS, - Überweisung des Antrages A0071/06 in den zeitweiligen Ausschuss Tierheimneubau –

wird **abgelehnt**.

Das Abstimmungsergebnis – bei einigen Nein-Stimmen und einigen Enthaltungen mehrheitlich beschlossen – wird vom Stadtrat angezweifelt und die Abstimmung wiederholt.

Der Stadtrat beschließt mit 22 Ja-Stimmen, 18 Nein-Stimmen und 8 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 1010-33(IV)06

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den Standort des städtischen Tierheims in der Rothenseer Str. 80 mittelfristig zu sichern.

Die Qualität und die Kapazität des Tierheims werden kurzfristig, d.h. noch in diesem Jahr beginnend, verbessert und erhöht.

Bei auftretenden Belegungsspitzen werden Tiere für kurze Zeit in andere Tierheime oder Tierpensionen abgegeben.

Für den beginnenden Aus- und Umbau stehen in diesem Jahr 149.900,-€ zur Verfügung und sollten zweckentsprechend verwendet werden (Deckungsquelle: Haushalt 2006, Einzelplan 1, Abschnitt 11, 621 HU-Bau Tierheim).

Auf Nachfrage des Vorsitzenden der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen kündigt der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper die Einbringung einer Beschlussvorlage zur Aufhebung der zuvor gefassten Beschlüsse zur Thematik Tierheim an.

9. Informationsvorlagen

Der TOP 9.1 wurde von der heutigen Tagesordnung zurückgezogen.

Die unter TOP 9.2 bis 9.8 vorliegenden Informationen werden zur Kenntnis genommen.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Jens Ansorge
Vorsitzender

A. Behne
Schriftführerin

Anwesend:

Vorsitzende/r

Ansorge, Jens

Mitglieder des Gremiums

Hildebrand, Jürgen Dr.

Altmann, Martin

Balzer, Falko

Bischoff, Norbert

Bork, Jana

Bromberg, Hans-Dieter

Brüning, Hans-Werner

Canehl, Jürgen

Czogalla, Olaf

Danicke, Martin

Franke, Holger

Frömert, Regina

Giefers, Thorsten

Grünert, Gerald

Heendorf, Michael

Hein, Rosemarie Dr.

Heinemann, Klaus

Heinl, Gerhard

Herbst, Sören Ulrich

Heynemann, Bernd

Hoffmann, Martin

Huhn, Dagmar

Klein, Carsten

Krause, Bernd

Kriese, Birgit

Kutschmann, Klaus Dr.

Lischka, Burkhard

Löhr, Rainer

Meinecke, Karin

Meinecke, Sven

Meinecke, Walter

Müller, Oliver

Paqué, Sabine

Reichel, Gerhard Dr.

Reppin, Bernd

Rink, Johannes

Salzborn, Hubert

Schindehütte, Gunter

Schmicker, Wolfgang

Schoenberner, Hilmar

Schuster, Frank

Schwenke, Wigbert

Seifert, Eberhard

Siedentopf, Uta

Stern, Reinhard
Szydzick, Claudia
Trümper, Lutz Dr.
Veil, Thomas
Wähnelt, Wolfgang
Westphal, Alfred
Wübbenhorst, Beate
Zentgraf, Hans-Jürgen
Zimmer, Gerd Dr.

Abwesend

Gripinski, Axel
Schmidt, Kurt Dr.
Stage, Michael